



**EDK | CDIP | CDPE | CDEP |**

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren  
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique  
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione  
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

# IDES-DOSSIER

## DOSSIER THÉMATIQUE IDES

Informationszentrum IDES – Centre d'information IDES

Privatunterricht - Homeschooling  
Enseignement à domicile

**Stand Mai 2014 – Etat mai 2014**

**Generalsekretariat | Secrétariat général**

Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach 660, CH-3000 Bern 7 | T: +41 (0)31 309 51 11, F: +41 (0)31 309 51 50, [www.edk.ch](http://www.edk.ch), [edk@edk.ch](mailto:edk@edk.ch)

**IDES** Informationszentrum | Centre d'information | T: +41 (0)31 309 51 00, F: +41 (0)31 309 51 10, [ides@edk.ch](mailto:ides@edk.ch)

### Privatunterricht — Homeschooling

Die Schulpflicht kann durch den Besuch einer öffentlichen Schule, den Besuch einer Privatschule oder durch Privatunterricht erfüllt werden. In praktisch allen Kantonen regelt die Schulgesetzgebung den Besuch von Privatunterricht während der Dauer der obligatorischen Schulzeit.

Die Abgrenzung zwischen *Privatunterricht* und *Privatschulen* kann durch definierte Maximalgruppengrößen erfolgen. Als Privatunterricht gelten beispielsweise im Kanton Luzern der Einzelunterricht und der Unterricht in einer Gruppe bis zu vier Schülerinnen und Schülern, im Kanton Zürich bis zu fünf Schülerinnen und Schülern.

In der Regel ist der Privatunterricht bewilligungspflichtig und untersteht der staatlichen Aufsicht.

Um die Voraussetzungen für eine Bewilligung zu erfüllen, können in der Schulgesetzgebung - unter anderen - folgende Kriterien aufgeführt sein:

- > die Bildungsziele stimmen mit jenen der öffentlichen Schule überein,
- > der Lehrplan entspricht den kantonalen Vorschriften,
- > die Lehrperson verfügt über eine pädagogische Ausbildung.

Entspricht der Privatunterricht nicht den gesetzlichen Anforderungen, kann die Bewilligung entzogen und der Übertritt privat geschulter Schülerinnen und Schülern in die öffentliche Schule verfügt werden.

Je nach kantonaler Schulgesetzgebung können privat unterrichtete Schülerinnen und Schüler Leistungen der Schuldienste einschliesslich der dafür notwendigen Abklärungen beanspruchen (z.B. Schulgesundheitsdienste, Logopädie).

### Enseignement à domicile

L'instruction est une obligation qui peut être remplie par la fréquentation d'une école publique, d'une école privée ou par enseignement à domicile. Presque tous les cantons réglementent dans le cadre de leur législation scolaire la possibilité de recevoir un enseignement à domicile pendant la durée de la scolarité obligatoire.

Certains cantons alémaniques différencient l'*enseignement à domicile* de la notion d'*école privée* en appliquant un critère quantitatif. Est considéré par exemple à Lucerne comme enseignement à domicile l'enseignement individuel ou dispensé à un groupe de deux à quatre élèves; à Zurich, le groupe peut comprendre cinq élèves au maximum.

En règle générale, l'enseignement à domicile est soumis à autorisation et placé sous la surveillance de l'Etat. L'autorisation s'obtient à diverses conditions inscrites dans la législation scolaire. Il peut s'agir, notamment, des critères suivants:

- > les buts de l'enseignement coïncident avec ceux de l'école publique,
- > le programme correspond aux directives cantonales,
- > l'enseignant a une formation pédagogique.

Si l'enseignement dispensé à domicile ne répond plus aux conditions légales et réglementaires, l'autorité de surveillance peut retirer l'autorisation et placer l'(es) élève(s) dans une classe de l'école publique.

Selon la législation scolaire cantonale, les élèves recevant un enseignement à domicile peuvent également prétendre aux prestations des services scolaires ainsi qu'aux examens préalables que cela implique (p. ex. service médical scolaire, logopédie).

**Rechtliche Grundlagen / Bases légales**

- 1.) Diese Zusammenstellung basiert auf den kantonalen Gesetzessammlungen (Stand: Mai 2014). Für Aktualität, Vollständigkeit oder Richtigkeit dieser Zusammenstellung kann keine Gewähr übernommen werden. / *Cette présentation se base sur la législation cantonale (état mai 2014). Aucune garantie ne peut être donnée quant à l'actualité, l'exhaustivité ou l'exactitude des informations publiées ci-dessous.*
- 2.) Aufgeführt sind die wesentlichen Bestimmungen im Zusammenhang mit Privatunterricht (Homeschooling) während der obligatorischen Schulzeit. / *Sont présentées les dispositions principales en lien avec l'enseignement à domicile pendant l'école obligatoire.*
- 3.) Die Nummern beziehen sich auf die Fundstelle in der Systematischen Sammlung des Kantons. / *La numérotation des textes est basée sur la systématique cantonale.*

<b>AG</b>	<p><b>401.100</b>  <b>Schulgesetz vom 17. März 1981 (Stand 01.01.2014)</b>  <b>1. Allgemeine Bestimmungen</b>  <b>§ 1 Geltungsbereich</b>  <sup>1</sup> Das Schulgesetz regelt das Bildungswesen in den öffentlichen Schulen sowie die Aufsicht über die Privatschulen und die private Schulung, soweit schulpflichtige Kinder unterrichtet werden.  <sup>2</sup> ...</p> <p><b>§ 4 Schulpflicht</b>  <sup>1</sup> Alle Kinder und Jugendlichen mit Aufenthalt im Kanton unterstehen der Schulpflicht. Sie beginnt mit dem Eintritt in den Kindergarten und dauert elf Jahre oder bis zum erfolgreichen früheren Abschluss einer Grundausbildung an der Volksschule, längstens jedoch bis zur Vollendung des 16. Altersjahrs.  <sup>2</sup> Stichtag für den Eintritt in den Kindergarten auf den Beginn des kommenden Schuljahrs ist der 31. Juli desjenigen Jahrs, an dem das Kind sein viertes Altersjahr vollendet hat.  <sup>3</sup> Aus wichtigen Gründen kann das Departement Bildung, Kultur und Sport ein Kind auf Gesuch der Inhaber der elterlichen Sorge vorübergehend von der Schulpflicht entbinden oder vorzeitig daraus entlassen.  <sup>4</sup> Die Schulpflicht kann auch im Rahmen einer Privatschule oder einer privaten Schulung erfüllt werden. Der Regierungsrat regelt hinsichtlich des Unterrichts der schulpflichtigen Kinder die Meldepflicht der Inhaber der elterlichen Sorge gegenüber der zuständigen Schulpflege.</p> <p><b>4. Trägerschaft durch Gemeinde und Private</b>  <b>4.2. Privatschulen und private Schulung</b>  <b>§ 58 Bewilligung; Nachweis des genügenden Unterrichts</b>  <sup>1</sup> Privatschulen, in denen Kinder ihre Schulpflicht erfüllen, bedürfen der Bewilligung des Erziehungsrats. Die Bewilligung von Sonderschulen richtet sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsgesetz) vom 2. Mai 2006.  <sup>2</sup> Der Regierungsrat legt zur Sicherung einer den öffentlichen Schulen gleichwertigen Ausbildung die Bewilligungsvoraussetzungen fest. Die jeweilige Trägerschaft einer Privatschule muss vertrauenswürdig sein und Gewähr dafür bieten, dass die Schülerinnen und Schüler nicht Einflüssen ausgesetzt werden, die denjenigen Zielen der öffentlichen Schulen zuwiderlaufen, die sich aus der Präambel dieses Gesetzes ergeben.  <sup>3</sup> Bei privater Schulung schulpflichtiger Kinder durch die Eltern, Pflegeeltern oder durch eine Drittperson ausserhalb einer Privatschule muss der genügende Unterricht nachgewiesen werden. Die Einzelheiten regelt der Regierungsrat.</p> <p><b>§ 58a Aufsicht</b>  <sup>1</sup> Privatschulen und private Schulung stehen unter staatlicher Aufsicht.  <sup>2</sup> Bestehen begründete Zweifel, ob die Bewilligungsvoraussetzungen weiterhin erfüllt werden, kann die Bewilligungsbehörde Anordnungen zur Klärung und Behebung von Missständen treffen. Sind die Bewilligungsvoraussetzungen nicht mehr oder nicht mehr vollständig erfüllt, kann die Bewilligungsbehörde die notwendigen Massnahmen treffen und allenfalls die Bewilligung entziehen.</p> <p><b>§ 58b Instrumentalunterricht an der Oberstufe, Therapien und Schuldienste</b>  Schulpflichtige Kinder, die ihren Wohnsitz im Kanton Aargau haben und eine Privatschule besuchen oder privat geschult werden, haben zu den gleichen Bedingungen Zugang zum Instrumentalunterricht an der Oberstufe sowie zu den Therapien und Schuldiensten wie die Kinder an den öffentlichen Schulen.</p> <p><b>§ 58c Lehrpersonen an Privatschulen; Weiterbildung</b>  <sup>1</sup> Lehrpersonen, die an Privatschulen im Kanton Aargau schulpflichtige Kinder unterrichten, haben die Pflicht, sich in geeigneter Weise weiterzubilden.  <sup>2</sup> Die vom Kanton Aargau angebotenen Weiterbildungskurse stehen den Lehrpersonen an Privatschulen im Kanton Aargau zu denselben Bedingungen zur Verfügung wie den Lehrpersonen an den öffentlichen Schulen. Davon ausgenommen sind Kurse, die dem Erwerb einer höheren Qualifikation dienen.</p> <p><b>7. Behörden</b>  <b>7.1. Schulpflege</b>  <b>§ 71 Aufgaben</b>  <sup>1</sup> Die Schulpflege ist verantwortlich für die Führung der Volksschule und beaufsichtigt die private Schulung. Sie trifft alle Entscheidungen, die mit einem ordentlichen Rechtsmittel angefochten werden können.  <sup>2</sup> Die Schulleitung führt die Schule operativ und entlastet die Schulpflege. Sie nimmt die interne Qualitätssicherung und -entwicklung wahr und ist der Schulpflege unterstellt.  <sup>3</sup> Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten zur Schulleitung. Er kann für kleine Schulen von der Einsetzung einer Schulleitung absehen und die entsprechenden Kompetenzen bei der Schulpflege belassen.</p>
-----------	---

AG	<p><b>421.311</b>  <b>Verordnung über die Volksschule vom 27.06.2012 (Stand 01.08.2013)</b>  <b>1. Allgemeine Bestimmungen</b>  <b>§ 1 Meldung, Einschreibung</b>  <sup>1</sup> Die für die Einwohnerkontrolle zuständige Behörde meldet bis Ende Januar den Schulleitungen die Personalien der Kinder, die im laufenden Jahr schulpflichtig werden, sowie laufend die Zu- und Wegzüge von schulpflichtigen Kindern und deren Personalien.  <sup>2</sup> Die Eltern sind verpflichtet, ihre schulpflichtigen Kinder am Wohn- beziehungsweise Aufenthaltsort bei der Schulpflege einschreiben zu lassen.  <sup>3</sup> Eintritte in eine Privatschule und Austritte sowie Aufnahme und Beendigung einer privaten Schulung vor Beendigung der Schulpflicht sind der Schulpflege mindestens 14 Tage im Voraus zu melden.  <b>3. Privatschulen und private Schulung</b>  <b>§ 34 Private Schulung</b>  <sup>1</sup> Der Nachweis des genügenden Unterrichts gegenüber der Schulpflege gilt als erbracht, wenn  a) die Bildungsziele jenen der öffentlichen Schule entsprechen,  b) nicht mehr als fünf Kinder im selben Semester unterrichtet werden, ausser sie stammen aus derselben Familie,  c) auf der Kindergarten- und Primarstufe höchstens zwei Kinder mindestens zwei Stunden oder eine Gruppe von drei bis fünf Kindern mindestens drei Stunden täglich fünf Mal pro Woche strukturierten Unterricht erhalten,  d) auf der Oberstufe höchstens zwei Kinder mindestens drei Stunden oder eine Gruppe von drei bis fünf Kindern mindestens vier Stunden täglich fünf Mal pro Woche strukturierten Unterricht erhalten,  e) die auf der Kindergarten- oder Primarstufe unterrichtende Person mindestens über einen Abschluss der Sekundarstufe II verfügt,  f) sich die auf der Oberstufe unterrichtende Person über ausreichende Fähigkeiten für das Erteilen der obligatorischen Fächer ausweisen kann.  <sup>2</sup> Ausnahmsweise kann auf die Voraussetzungen von Absatz 1 lit. e und f verzichtet werden, wenn der Unterricht mittels geeignetem Fernstudium erfolgt, wobei ein entsprechender Vertragsabschluss vorzulegen ist.  <sup>3</sup> Eine vom BKS beauftragte Person überprüft mindestens einmal jährlich den Entwicklungsstand des Kinds in Bezug auf dessen Sach-, Selbst- und Sozialkompetenzen. Erweist sich der Unterricht als ungenügend, beantragt sie der zuständigen Schulpflege die Zuweisung des Kinds in die öffentliche Schule.</p>
AI	<p><b>411.000</b>  <b>Schulgesetz (SchG) vom 25. April 2004</b>  <b>I. Allgemeine Bestimmungen</b>  <b>Art. 1 Geltungsbereich</b>  <sup>1</sup> Das Schulgesetz gilt für die öffentlichen Schulen mit Ausnahme des Gymnasiums.  <sup>2</sup> Als öffentliche Schulen werden im Kanton geführt:  a) der Kindergarten;  b) die Primarschule;  c) die Kleinklassenschule;  d) die Realschule;  e) die Sekundarschule.  <sup>3</sup> Der Kanton kann fakultative zehnte Klassen führen.  <sup>4</sup> Das Gesetz regelt zudem die Beziehungen zu weiteren Institutionen des Bildungswesens sowie die Aufsicht über private Schulen und privaten Unterricht auf der Volksschulstufe gemäss Abs. 2 dieses Artikels.  <b>III. Übrige Institutionen des Bildungswesens</b>  <b>Art. 13 Privatschulen und Privatunterricht</b>  <sup>1</sup> Der Besuch von privaten Schulen und von Privatunterricht auf der Volksschulstufe steht frei; er ist dem Schulrat und dem Erziehungsdepartement (nachfolgend Departement genannt) zu melden.  <sup>2</sup> Die Inhaber der elterlichen Sorge tragen die Kosten dieser Ausbildung.  <sup>3</sup> Die Führung von privaten Schulen sowie die Erteilung von Privatunterricht auf der Volksschulstufe bedürfen der Bewilligung durch die Landesschulkommission und unterstehen deren Aufsicht.  <b>IV. Rechtsstellung der Schulbeteiligten</b>  <b>A. Schüler</b>  <b>c. Schulort</b>  <b>Art. 22 Schulgemeinde des Wohnortes</b>  <sup>1</sup> Die Schulpflicht ist grundsätzlich in der Schulgemeinde des Wohnortes (Art. 4 Abs. 1 dieses Gesetzes) zu erfüllen.  <sup>2</sup> Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über die Real-, Sekundar- und Kleinklassenschule (Art. 4 Abs. 2 dieses Gesetzes), das Gymnasium und die Vertragsschulgemeinden (Art. 5 dieses Gesetzes).  <sup>3</sup> Die Schulpflicht kann auch am bewilligten Schulort (Art. 23 - 25 dieses Gesetzes) oder am Ort der Privatschule bzw. des Privatunterrichts (Art. 13 dieses Gesetzes) erfüllt werden.  <b>C. Lehrkräfte</b>  <b>b. Anstellungsrechtliche Bestimmungen</b>  <b>Art. 32 Anstellungsvoraussetzung</b>  <sup>1</sup> Als Lehrkräfte an einer öffentlichen Schule können nur Inhaber der kantonalen Lehrbewilligung angestellt werden.  <sup>2</sup> Das Departement erteilt die kantonale Lehrbewilligung in der Regel nur an Personen, die an einer anerkannten Lehrerbildungsanstalt das Lehrerpatent für die entsprechende Schulstufe erlangt haben und die in charakterlicher und fachlicher Hinsicht den Anforderungen des Lehrerberufes genügen.  <sup>3</sup> An Personen, denen in einem anderen Kanton die Lehrbewilligung entzogen worden ist, wird keine kantonale</p>

	Lehrbewilligung erteilt.
AI	<p><b>411.010</b>  <b>Schulverordnung (SchV) vom 21. Juni 2004</b>  <b>III. Rechtsstellung der Lehrkräfte</b>  <b>Art. 9 Lehrkräfte an Privatschulen und Privatunterricht</b></p> <p><sup>1</sup> Für die Anstellung von Lehrkräften an Privatschulen gelten die gleichen Anstellungsvoraussetzungen wie für die Anstellung von Lehrern an öffentlichen Schulen. Im Übrigen regeln die Privatschulen das Arbeitsverhältnis mit den Lehrkräften im Rahmen des Obligationenrechtes.  <sup>2</sup> Wer Privatunterricht anstelle der öffentlichen Schulen erteilt, muss die Anstellungsvoraussetzungen von Art. 32 SchG erfüllen.</p>
AI	<p><b>411.012</b>  <b>Landesschulkommissionsbeschluss zum Schulgesetz vom 18. Mai 2005</b>  <b>A. Schularten</b>  <b>VI. Privatschulen und Privatunterricht</b>  <b>Art. 22g Bewilligung für die Führung von Privatschulen und die Erteilung von Privatunterricht</b></p> <p><sup>1</sup> Die Führung einer Privatschule und die Erteilung von Privatunterricht bedarf der Bewilligung durch die Landesschulkommission.  <sup>2</sup> Die Bewilligung wird erteilt, wenn die Gesuchsteller nachweisen, dass sie die nachstehenden Bewilligungsvoraussetzungen erfüllen.  <sup>3</sup> Die Bewilligung wird befristet auf ein Jahr erteilt und kann wieder erneuert werden.  <sup>4</sup> Die Bewilligung zum Privatunterricht berechtigt ausschliesslich zum Unterricht von Kindern einer einzelnen Familie.</p> <p><b>Art. 22h Bewilligungsvoraussetzungen</b></p> <p><sup>1</sup> Der Unterricht muss von Personen erteilt werden, welche eine kantonale Lehrbewilligung besitzen.  <sup>2</sup> Der kantonale Lehrplan ist verbindlich.  <sup>3</sup> Die obligatorischen Lehrmittel sind zu verwenden.  <sup>4</sup> Die wöchentliche Lektionenzahl der entsprechenden Stufe ist auf 5 Tage verteilt innerhalb von 8 Stunden pro Tag (nicht vor 7.30 Uhr und nicht nach 17.30 Uhr) einzuhalten.  <sup>5</sup> Die Anzahl der Schuljahre ist verbindlich, die Promotionsordnung gilt sinngemäss.  <sup>6</sup> Der Erziehung zur Sozialkompetenz ist besondere Beachtung zu schenken.</p> <p><b>Art. 22i Aufsicht</b></p> <p><sup>1</sup> Die Aufsicht wird durch das Schulamt wahrgenommen.  <sup>2</sup> Das Schulamt hat zu den in Art. 22h Abs. 4 dieses Beschlusses genannten Zeiten freien Zutritt zu den Räumen, in denen Unterricht gehalten wird.  <sup>3</sup> Das Schulamt kann die Führung eines Unterrichtsjournals anordnen, seinen Inhalt festlegen und sich das Journal periodisch vorlegen lassen.  <sup>4</sup> Das Schulamt kann zur Überprüfung der Einhaltung des Lehrplanes Prüfungen an von ihm bezeichneten Orten durchführen.  <sup>5</sup> Das Schulamt prüft insbesondere auch die Erfüllung des Schulauftrages im Sinne von Art. 2 SchG.  <sup>6</sup> Das Schulamt erstattet der Landesschulkommission jährlich Bericht über die Inspektions- und Prüfungsergebnisse.</p> <p><b>Art. 22k Entzug der Bewilligung</b></p> <p><sup>1</sup> Die Bewilligung wird von der Landesschulkommission entzogen, wenn die Bewilligungsvoraussetzungen nicht mehr erfüllt werden.  <sup>2</sup> Die Bewilligung wird ausserdem entzogen, wenn Privatschule und Privatunterricht den Erziehungsauftrag von Art. 2 Abs. 3 SchG nicht erfüllen.</p>
AR	<p><b>411.0</b>  <b>Gesetz über Schule und Bildung (Schulgesetz) vom 24.09.2000 (Stand 01.08.2009)</b>  <b>II. Trägerschaft der Schulen</b>  <b>Art. 6 Private Schulen, häuslicher Unterricht</b></p> <p><sup>1</sup> Wer eine private Schule führt, braucht eine Bewilligung des Departements Bildung. Sie wird erteilt, wenn die Schule alle Anforderungen erfüllt, welche an öffentliche Schulen gestellt werden.  <sup>2</sup> Der häusliche Unterricht anstelle des Unterrichts in öffentlichen oder privaten Schulen bedarf während der Dauer der obligatorischen Schulzeit einer Bewilligung des Departements Bildung.  <sup>3</sup> Private Schulen sowie der häusliche Unterricht unterstehen der Aufsicht des Departements Bildung.</p>
AR	<p><b>411.1</b>  <b>Verordnung zum Gesetz über Schule und Bildung (Schulverordnung) vom 26.03.2001</b>  <b>VI. Organisation der Schule</b>  <b>Art. 38 Pädagogische Fachstellen</b>  <b>a) Grundsätze</b></p> <p><sup>1</sup> Die Pädagogischen Fachstellen übernehmen Aufgaben der Aufsicht, der Steuerung und des Qualitätsmanagements. Ihre Angebote gegenüber Lehrenden, Schulbehörden, Lernenden und Erziehungsberechtigten erfüllen sie im Sinne wirksamer und wirtschaftlicher Dienstleistungen.  <sup>2</sup> Das Departement Bildung erlässt für die einzelnen Fachstellen Pflichtenhefte.  <sup>3</sup> Das Grundangebot gegenüber den Gemeinden und Lehrenden gemäss Art. 38 und 39 ist kostenlos.</p> <p><b>Art. 39 b) Hauptaufgaben</b></p> <p><sup>1</sup> Aufsicht und Kontrolle (Qualitätssicherung) Vorschriftenkontrolle gegenüber Gemeinden, Schulbehörden und Lehrenden; Begutachtung von Lehrenden und Schulleitungen auf Antrag von Schulleitungen bzw. Schulbehörden; Kontrolle der Privatschulen und des häuslichen Unterrichts.  <sup>2</sup> Evaluation von Schulen (Qualitätsentwicklung) Planung, Durchführung und Auswertung der Evaluation von Schulen;</p>

	<p>Unterstützung der Gemeinden im Aufbau der Selbstevaluation.</p> <p><sup>3</sup> Unterstützung, Beratung, Weiterbildung und Entwicklung (Qualitätsvorsorge)</p> <p>a) Schulentwicklung: Planung, Durchführung und Auswertung kantonaler Projekte; Beratung von Gemeinden in Fragen der Schulentwicklung; kantonale und regionale Koordination der Schulentwicklung.</p> <p>b) Weiterbildung: Bedürfnisabklärung, Planung und Durchführung von kantonalen Angeboten für Lehrende, Schulleitungen und Schulbehörden; Beratung der Gemeinden bei schulinternen Vorhaben; Planung und Durchführung von Angeboten im Zusammenhang mit Projekten der Schulentwicklung und der Berufseinführung von Lehrenden.</p> <p>c) Beratung der Lehrenden zur beruflichen Weiterentwicklung und bei schulischen und persönlichen Problemen.</p>
BE	<p><b>101.1</b>  <b>Verfassung des Kantons Bern vom 6. Juni 1993</b>  <b>3. Öffentliche Aufgaben</b>  <b>3.7 Bildung und Forschung</b>  <b>Art. 43 Schulen</b></p> <p><sup>1</sup> Kanton und Gemeinden führen öffentliche Kindergärten und Schulen. Der Unterricht ist konfessionell und politisch neutral.</p> <p><sup>2</sup> Sie können an Privatschulen, die öffentliche Aufgaben erfüllen, Beiträge leisten.</p> <p><sup>3</sup> Der Kanton ordnet die Aufsicht über die Privatschulen und den Privatunterricht.</p>
BE	<p><b>101.1</b>  <b>Constitution du canton Berne du 6 juin 1993</b>  <b>3. Tâches publiques</b>  <b>3.7 Formation et recherche</b>  <b>Art. 43 Ecoles</b></p> <p><sup>1</sup> Le canton et les communes entretiennent des jardins d'enfants et des écoles. L'enseignement respecte la neutralité confessionnelle et politique.</p> <p><sup>2</sup> Le canton et les communes peuvent allouer des subsides aux écoles privées qui assument des tâches publiques.</p> <p><sup>3</sup> Le canton règle la surveillance sur les écoles privées et sur l'enseignement privé.</p>
BE	<p><b>432.210</b>  <b>Volksschulgesetz (VSG) vom 19. März 1992</b>  <b>XII. Private Schulung</b>  <b>1. Grundsatz</b>  <b>Art. 64</b></p> <p>Die Schulpflicht kann auch im Rahmen einer Privatschule oder durch Privatunterricht erfüllt werden.</p> <p><b>2. Privatschulen</b>  <b>Art. 66b Aufsicht und Entzug</b></p> <p><sup>1</sup> Die zuständige Stelle der Erziehungsdirektion beaufsichtigt die Privatschulen.</p> <p><sup>2</sup> Privatschulen erstatten der Aufsichtsbehörde periodisch Bericht über das Einhalten der Bewilligungsvoraussetzungen.</p> <p><sup>3</sup> Sie sind verpflichtet, der Aufsichtsbehörde Auskünfte zu erteilen, Einsicht in Akten zu gewähren, Zutritt zu den Schuleinrichtungen zu verschaffen und sie in allen Belangen zu unterstützen, soweit dies für die Wahrnehmung der Aufsicht erforderlich ist. Sie können sich gegenüber der Aufsichtsbehörde nicht auf gesetzliche Geheimhaltungspflichten berufen.</p> <p><sup>4</sup> Werden die Bewilligungsvoraussetzungen nicht eingehalten oder die Auskunfts- und Mitteilungspflichten verletzt, entzieht die Erziehungsdirektion die Bewilligung.</p> <p><b>3. Privatunterricht</b>  <b>Art. 71 Bewilligung</b></p> <p>Eltern, die ihre Kinder selbst oder privat unterrichten lassen, bedürfen einer Bewilligung der zuständigen Stelle der Erziehungsdirektion.</p> <p><b>Art. 71a Bewilligungsvoraussetzungen</b></p> <p><sup>1</sup> Die Bewilligung wird erteilt, wenn die Eltern gewährleisten, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a die Aufgaben gemäss Artikel 2 oder Artikel 2a erfüllt werden,</li> <li>b pädagogisch ausgebildete Personen diejenigen Personen anleiten, die den Unterricht erteilen,</li> <li>c genügende Einrichtungen für den Unterricht vorhanden sind,</li> <li>d die für die öffentlichen Kindergarten-, Primar- und Realklassen geltenden Unterrichtsinhalte und -ziele im Rahmen der Schulstufen erreicht werden und</li> <li>e die Unterrichtssprache sich unter Vorbehalt von Absatz 2 nach der Amtssprache der Region richtet.</li> </ul> <p><sup>2</sup> Eine andere Unterrichtssprache kann bewilligt werden, wenn die Eltern gewährleisten, dass die unterrichtenden Personen über die notwendigen Qualifikationen verfügen.</p> <p><b>Art. 71b Aufsicht und Entzug</b></p> <p>Für die Aufsicht über den Privatunterricht und den Entzug der Bewilligung gilt Artikel 66b sinngemäss.</p>
BE	<p><b>432.210</b>  <b>Loi du 19 mars 1992 sur l'école obligatoire (LEO)</b>  <b>XII. Enseignement privé</b>  <b>1. Principe</b>  <b>Art. 64</b></p> <p>L'instruction obligatoire peut être donnée dans une école privée ou sous forme d'instruction privée.</p> <p><b>2. Ecoles privées</b>  <b>Art. 66b Surveillance et révocation de l'autorisation</b></p> <p><sup>1</sup> Les écoles privées sont placées sous la surveillance du service compétent de la Direction de l'instruction publique.</p> <p><sup>2</sup> Elles présentent régulièrement un rapport à l'autorité de surveillance sur le respect des conditions d'autorisation</p>



	<p>requis.</p> <p><sup>3</sup> Elles sont tenues de donner tous les renseignements nécessaires à l'autorité de surveillance, de lui donner accès aux dossiers ainsi qu'aux équipements scolaires et de la soutenir dans tous les domaines, pour autant que ces mesures soient nécessaires à l'exercice de sa surveillance. Elles ne peuvent invoquer aucune obligation légale de garder le secret vis-à-vis de l'autorité de surveillance.</p> <p><sup>4</sup> Si les conditions d'autorisation ne sont pas remplies ou si l'obligation de renseigner ou de communiquer n'est pas respectée, la Direction de l'instruction publique révoque l'autorisation.</p> <p><b>3. Instruction privée</b>  <b>Art. 71 Autorisation</b>  Les parents qui instruisent eux-mêmes leurs enfants ou qui leur font donner une instruction privée doivent obtenir une autorisation du service compétent de la Direction de l'instruction publique.</p> <p><b>Art. 71a Conditions d'autorisation</b>  <sup>1</sup> L'autorisation est octroyée si les parents garantissent</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a que la mission définie à l'article 2 ou à l'article 2a est accomplie;</li> <li>b que les personnes qui dispensent l'enseignement sont guidées dans leur travail par des personnes dotées des qualifications pédagogiques requises;</li> <li>c qu'ils disposent d'équipements suffisants;</li> <li>d que les contenus et les objectifs d'enseignement assignés aux classes d'école enfantine, aux classes primaires ou aux classes générales publiques dans les niveaux d'enseignement correspondants sont respectivement transmis et atteints et</li> <li>e que la langue d'enseignement est déterminée, sous réserve de l'alinéa 2, en fonction de la langue officielle de la région concernée.</li> </ul> <p><sup>2</sup> Les parents peuvent être autorisés à dispenser l'enseignement dans une autre langue s'ils garantissent que les personnes qui enseignent disposent des qualifications requises.</p> <p><b>Art. 71b Surveillance et révocation de l'autorisation</b>  L'article 66b s'applique par analogie à la surveillance de l'instruction privée et à la révocation de l'autorisation.</p>
BE	<p><b>432.211.1</b>  <b>Volksschulverordnung (VSV) vom 10. Januar 2013</b>  <b>10. Steuerung, Zuständigkeiten und Information</b>  <b>10.2 Erziehungsdirektion</b>  <b>Art. 29 Verfügungsbefugnisse, zuständige Stelle</b></p> <p><sup>1</sup> Das Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung ist die zuständige Stelle der Erziehungsdirektion für</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a die Zuweisung zum Sekundarschulunterricht oder die Einführung eines entsprechenden Unterrichtsangebots (Art. 7 Abs. 3 VSG),</li> <li>b die Entscheide über eine andere Ordnung des kirchlichen Unterrichts und über das Zurverfügungstellen von Schulräumen für kirchlichen Unterricht (Art. 16 Abs. 2 und 3 VSG),</li> <li>c die Verfügung des einzelnen Beitrags an die Kosten der Gemeinden für die Schulsozialarbeit im Rahmen der bewilligten Mittel (Art. 20a Abs. 4 VSG),</li> <li>d die Genehmigung der Basisstufe und des cycle élémentaire (Art. 46a Abs. 2 VSG),</li> <li>e die Genehmigung der Beschlüsse gemäss Artikel 47 Absatz 1 VSG (Art. 47 Abs. 3 VSG),</li> <li>f die Einführung und Aufhebung von Niveauunterricht (Art. 47 Abs. 6 VSG),</li> <li>g den Erlass von Verfügungen über die Erhöhung der Beiträge und die Ausweitung des Kreises der berechtigten Gemeinden (Art. 49a Abs. 3 VSG),</li> <li>h die Erhebung und Analyse des Bedarfs an Ausbildungsplätzen (Art. 49i Abs. 1 VSG),</li> <li>i den Abschluss der Leistungsvereinbarung mit der kantonalen Schule französischer Sprache (Art. 49k Abs. 1 VSG),</li> <li>k den Vollzug der Volksschulgesetzgebung (Art. 53 VSG),</li> <li>l unter Vorbehalt von Absatz 4 die Bewilligung des Besuchs eines ausserkantonalen Volksschulangebots und die Leistung einer Kostengutsprache für die Schulgeldbeiträge (Art. 58 Abs. 2 VSG),</li> <li>m unter Vorbehalt von Absatz 4 die Bewilligung des Besuchs eines Volksschulangebots von Schülerinnen und Schülern mit zivilrechtlichem Wohnsitz ausserhalb des Kantons (Art. 58 Abs. 3 VSG),</li> <li>n die Aufsicht über die Privatschulen (Art. 66b Abs. 1 VSG),</li> <li>den Abschluss der Leistungsverträge mit den beitragsberechtigten Privatschulen (Art. 67a Abs. 1 VSG),</li> <li>p unter Vorbehalt von Absatz 4 die Bewilligung des Besuchs eines privaten Ausbildungsgangs für Hochbegabte im Kanton durch bernische Schülerinnen und Schüler.</li> </ul> <p><sup>2</sup> Die französischsprachige Abteilung des Amtes für Kindergarten, Volksschule und Beratung nimmt die Zuständigkeiten gemäss Absatz 1 für den französischsprachigen Kantonsteil wahr.</p> <p><sup>3</sup> Die regionalen Schulinspektorate sind die zuständigen Stellen der Erziehungsdirektion für</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a die Einführung und Aufhebung von Förderunterricht (Art. 47 Abs. 6 VSG),</li> <li>b die Bewilligung von Privatunterricht (Art. 71 VSG).</li> </ul> <p><sup>4</sup> Die Abteilung Mittelschulen des Mittelschul- und Berufsbildungsamts ist Bewilligungsbehörde für bernische Schülerinnen und Schüler, die einen dem gymnasialen Unterricht im 9. Schuljahr entsprechenden ausserkantonalen öffentlichen Ausbildungsgang oder einen ausserkantonalen oder innerkantonalen öffentlichen oder privaten Ausbildungsgang für Hochbegabte besuchen wollen.</p>
BE	<p><b>432.211.1</b>  <b>Ordonnance du 10 janvier 2013 sur l'école obligatoire (OEO)</b>  <b>10. Pilotage, compétences et information</b>  <b>10.2 Direction de l'instruction publique</b>  <b>Art. 29 Compétences décisionnelles, service compétent</b></p> <p><sup>1</sup> L'Office de l'enseignement préscolaire et obligatoire, du conseil et de l'orientation est le service compétent de la</p>

	<p>Direction de l'instruction publique pour</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a affecter les élèves à l'enseignement secondaire ou mettre en place un tel enseignement (art. 7, al. 3 LEO),</li> <li>b statuer sur une réglementation différente de l'enseignement religieux et sur la mise à disposition de locaux pour cet enseignement (art. 16, al. 2 et 3 LEO);</li> <li>c statuer sur le versement de chaque subvention accordée pour le travail social en milieu scolaire des communes dans la limite des moyens accordés (art. 20a, al. 4 LEO);</li> <li>d approuver le cycle élémentaire et la Basisstufe (art. 46a, al. 2 LEO);</li> <li>e approuver les décisions visées à l'article 47, alinéa 1 LEO (art. 47, al. 3 LEO);</li> <li>f mettre en place ou supprimer des cours à niveaux (art. 47, al. 6 LEO);</li> <li>g statuer sur l'augmentation des subventions et l'élargissement du cercle des communes qui ont droit à des subventions (art. 49a, al. 3 LEO);</li> <li>h constater et analyser le nombre de places de formation nécessaires (art. 49i, al. 1 LEO);</li> <li>i conclure la convention de prestations avec l'Ecole cantonale de langue française (art. 49k, al. 1 LEO);</li> <li>k exécuter la législation sur l'école obligatoire (art. 53 LEO);</li> <li>l autoriser la fréquentation d'un établissement de la scolarité obligatoire situé dans un autre canton et émettre une garantie de prise en charge pour les contributions aux écologies (art. 58, al. 2 LEO), sous réserve de l'alinéa 4;</li> <li>m autoriser des élèves ayant leur domicile civil en dehors du canton à fréquenter un établissement de la scolarité obligatoire (art. 58, al. 3 LEO), sous réserve de l'alinéa 4;</li> <li>n assurer la surveillance des écoles privées (art. 66b, al. 1 LEO);</li> <li>o conclure des contrats de prestations avec les écoles privées qui ont droit à des subventions (art. 67a, al. 1 LEO);</li> <li>p autoriser des élèves bernois à fréquenter dans le canton une filière de formation privée destinée aux élèves surdoués, sous réserve de l'alinéa 4.</li> </ul> <p><sup>2</sup> La section francophone de l'Office de l'enseignement préscolaire et obligatoire, du conseil et de l'orientation exerce les compétences définies à l'alinéa 1 pour la partie francophone du canton.</p> <p><sup>3</sup> Les inspections scolaires régionales sont les services compétents de la Direction de l'instruction publique pour</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a mettre en place et supprimer des cours d'approfondissement (art. 47, al. 6 LEO),</li> <li>b autoriser l'instruction privée (art. 71 LEO).</li> </ul> <p><sup>4</sup> La Section des écoles moyennes de l'Office de l'enseignement secondaire du 2<sup>e</sup> degré et de la formation professionnelle est l'autorité compétente pour délivrer les autorisations aux élèves bernois qui souhaitent fréquenter une filière de formation publique, située en dehors du canton, correspondant à l'enseignement gymnasial de 9<sup>e</sup> année ou une filière de formation publique ou privée, située en dehors ou dans le canton, destinée aux élèves surdoués.</p>
BL	<p><b>640</b>  <b>Bildungsgesetz vom 6. Juni 2002</b>  <b>Erster Teil: Grundlegende Bestimmungen</b>  <b>A. Allgemeines</b>  <b>§ 1 Geltungsbereich</b></p> <p><sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt das Bildungswesen in den öffentlichen Schulen des Kantons und der Einwohnergemeinden.  <sup>2</sup> Es enthält ausserdem Bestimmungen über:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. die berufliche Grundbildung, soweit nicht der Bund dafür zuständig ist;</li> <li>b. öffentliche Schulen und Bildungsinstitutionen mit eigener Rechtspersönlichkeit;</li> <li>c. nichtstaatliche Ausbildungen und Schulen;</li> <li>d. Ausbildungsverhältnisse, die nicht dem Bundesgesetz über die Berufsbildung unterstellt sind, soweit der Regierungsrat sie diesem Gesetz unterstellt.</li> </ul> <p><b>C. Nichtstaatliche Ausbildungen und Schulen</b>  <b>§ 19 Privatschulen, private Schulung</b></p> <p><sup>1</sup> Die Führung von Privatschulen vom Kindergarten bis und mit der Sekundarstufe II sowie die private Schulung zu Hause während der Schulpflicht bedürfen einer Bewilligung der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion.  <sup>2</sup> Die Bewilligung wird erteilt, wenn die an die öffentlichen Schulen gestellten Anforderungen erfüllt sind.  <sup>3</sup> Die Privatschulen und die private Schulung zu Hause unterstehen während der obligatorischen Schulzeit der Aufsicht der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion.</p>
BL	<p><b>641.11</b>  <b>Verordnung für den Kindergarten und die Primarschule vom 13. Mai 2003</b>  <b>IX. Leitung und Aufsicht</b>  <b>C. Amt für Volksschulen</b>  <b>§ 70 Aufgaben</b></p> <p><sup>1</sup> Seitens des Kantons ist das Amt für Volksschulen Ansprechstelle für Schulräte und Schulleitungen.  <sup>2</sup> Es hat folgende Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. es unterstützt und berät die Schulräte und Schulleitungen;</li> <li>b. es unterstützt und berät die Schulen in Unterrichtsfragen sowie in den Bereichen Gesundheitsförderung und Prävention, Spezielle Förderung und Interkulturelle Pädagogik, Berufs- und Schullaufbahnvorbereitung und im Bereich der geschlechtergerechten Pädagogik und Gleichstellung der Geschlechter.;</li> <li>c. es setzt auf Antrag von Schulleitungen oder Lehrpersonen Fachpersonen für die Beobachtung des Unterrichts ein;</li> <li>d. es begleitet Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger;</li> <li>e. es führt die externen Evaluationen an der Volksschule durch;</li> <li>f. es beurteilt zuhanden des Schulrats die Schulleitungen im Unterricht;</li> <li>g. es genehmigt Ausnahmen in der Klassen- und Kursbildung des Kindergartens und der Primarschule;</li> <li>h. es stellt Anträge zu Lehrplänen und Lehrmitteln;</li> <li>i. es beaufsichtigt die Privatschulen und die private Schulung;</li> <li>j. es ist verantwortlich für die Vorbereitung und die Durchführung der Orientierungsarbeiten, und der Übertrittsprüfung</li> </ul>



	<p>von der Primar- in die Sekundarschule sowie für die Gestaltung der Abschlussqualifikation am Ende der Sekundarschule.</p> <p>k. es kann nach Rücksprache mit dem Schulträger Reglemente für die Schulen erlassen;</p> <p>l. es kontrolliert die Einhaltung von kantonalen Regelungen;</p> <p>m. es bietet für befristete Schulausschlüsse von Schülerinnen und Schülern das Beschäftigungs- und Betreuungsprogramm TimeOut an.</p> <p><sup>3</sup> Über Ausnahmen in Bezug auf Regelungen in dieser Verordnung entscheidet das Amt für Volksschulen nach Rücksprache mit dem Schulträger.</p>
BL	<p><b>642.11</b>  <b>Verordnung für die Sekundarschule vom 13. Mai 2003</b>  <b>VI. Leitung und Aufsicht</b>  <b>C. Amt für Volksschulen</b>  <b>§ 51 Aufgaben</b></p> <p><sup>1</sup> Seitens des Kantons ist das Amt für Volksschulen Ansprechstelle für Schulräte und Schulleitungen.</p> <p><sup>2</sup> Es hat folgende Aufgaben:</p> <p>a. es unterstützt und berät die Schulräte und Schulleitungen;</p> <p>b. es unterstützt und berät die Schulen in Unterrichtsfragen sowie in den Bereichen Gesundheitsförderung und Prävention, Spezielle Förderung und Interkulturelle Pädagogik, Berufs- und Schullaufbahnvorbereitung sowie im Bereich der geschlechtergerechten Pädagogik und der Gleichstellung der Geschlechter;</p> <p>c. es setzt auf Antrag von Schulleitungen oder der Lehrerinnen und Lehrer Fachpersonen für die Beobachtung des Unterrichts ein;</p> <p>d. es begleitet Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger;</p> <p>e. es führt die externen Evaluationen an der Volksschule und der Musikschule durch;</p> <p>f. es beurteilt zuhänden des Schulrats die Schulleitungen im Unterricht;</p> <p>g. es genehmigt die Klassenbildung und die Ausnahmen in der Kursbildung der Sekundarschule;</p> <p>h. es stellt Anträge zu Lehrplänen und Lehrmitteln;</p> <p>i. es beaufsichtigt die Privatschulen und die private Schulung;</p> <p>j. es ist verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung der Orientierungsarbeiten und der Übertrittsprüfung von der Primar- in die Sekundarschule sowie für die Gestaltung der Abschlussqualifikation am Ende der Sekundarschule;</p> <p>k. es kann nach Rücksprache mit dem Schulträger Reglemente für die Schulen erlassen;</p> <p>l. es kontrolliert die Einhaltung von kantonalen Regelungen;</p> <p>m. es bietet für befristete Schulausschlüsse von Schülerinnen und Schülern das Beschäftigungs- und Betreuungsprogramm TimeOut an.</p> <p><sup>3</sup> Über Ausnahmen in Bezug auf Regelungen in dieser Verordnung entscheidet das Amt für Volksschulen auf Antrag der Schulleitung, bzw. des Schulrats.</p>
BS	<p><b>410.100</b>  <b>Schulgesetz vom 4. April 1927 (Stand 26. Januar 2014)</b>  <b>II. Allgemeine Bestimmungen. Schulpflicht und Schülerinnen und Schüler</b>  <b>§ 58. Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit Aufenthalt im Kanton</b></p> <p><sup>1</sup> Schülerinnen und Schüler mit Aufenthalt im Kanton, die von einer staatlichen Schule in eine andere wechseln wollen, die eine Privatschule besucht haben oder privat unterrichtet wurden und in eine staatliche Schule übertreten wollen oder die neu zugezogen sind, werden von der Schulleitung aufgenommen, wenn sie die erforderlichen Leistungen und Berechtigungen vorweisen können.</p> <p><sup>2</sup> Die Schulleitung kann die Schülerin oder den Schüler provisorisch aufnehmen.</p> <p><sup>3</sup> Die Schulleitung kann für die Aufnahme eine Aufnahmeprüfung anordnen.</p> <p><sup>4</sup> Die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen, die Wirtschaftsmittelschule und das Zentrum für Brückenangebote sind nicht verpflichtet, Schülerinnen und Schüler aufzunehmen, die aus einer anderen Schule wegen grober Verstösse oder fortgesetzter Übertretung der Disziplinarvorschriften entlassen worden sind.</p> <p><b>§ 59. Dispens vom Schulbesuch</b>  Von der Pflicht, die öffentlichen Schulen zu besuchen, sind zeitweilig oder dauernd entbunden:</p> <p>a)</p> <p>b) Kinder, welche zu Hause oder in einer staatlich bewilligten Privatschule unterrichtet werden.</p> <p><b>VII. Privatschulen</b>  <b>§ 135.</b></p> <p><sup>1</sup> Eltern oder Vormünderinnen bzw. Vormünder, welche Kinder im schulpflichtigen Alter zu Hause unterrichten lassen wollen, haben jedes Jahr beim Erziehungsdepartement um die Erlaubnis hiezu einzukommen.</p> <p><sup>2</sup> Das Erziehungsdepartement wird die Erlaubnis nur erteilen, wenn die Persönlichkeit des Lehrers oder der Lehrerin für einen guten Privatunterricht Gewähr leistet. Es kann ausserdem solche Kinder von Zeit zu Zeit prüfen lassen und die erteilte Erlaubnis zurückziehen, falls sich ergibt, dass der erteilte Unterricht ungenügend ist.</p> <p><sup>3</sup> Für die Prüfung ist eine dem Prüfenden zufallende Entschädigung zu entrichten.</p>
FR	<p><b>411.0.1</b>  <b>Loi du 23 mai 1985 sur l'école enfantine, l'école primaire et l'école du cycle d'orientation (loi scolaire)</b>  <b>TITRE PREMIER</b>  <b>Dispositions générales</b>  <b>Art. 1 Champ d'application et objet</b></p> <p><sup>1</sup> La présente loi s'applique à l'école enfantine, à l'école primaire et à l'école du cycle d'orientation.</p> <p><sup>2</sup> Elle a pour objet :</p> <p>a) les buts et l'orientation de l'école ;</p>

	<p>b) les droits et obligations des élèves et de leurs parents ;  c) le statut des maîtres ;  d) la structure et le fonctionnement général de l'école ;  e) l'organisation des cercles scolaires ;  f) l'organisation et les tâches des autorités scolaires locales et cantonales ;  g) le financement de l'école ;  h) la surveillance de l'enseignement privé ;  i) les services auxiliaires ;  j) les voies de droit.</p> <p><b>Art. 4 Scolarité obligatoire</b>  <b>a) Principe</b>  <sup>1</sup> Les parents ont le droit et l'obligation d'envoyer leurs enfants en âge de scolarité obligatoire dans une école publique ou privée, ou de leur dispenser un enseignement à domicile.  <sup>2</sup> La scolarité obligatoire dure neuf ans et comprend l'école enfantine, l'école primaire et l'école du cycle d'orientation.</p> <p><b>TITRE HUITIÈME</b>  <b>Enseignement privé</b>  <b>CHAPITRE DEUXIÈME</b>  <b>Enseignement à domicile</b>  <b>Art. 104</b>  <sup>1</sup> Les parents ont le droit de dispenser ou de faire dispenser à leurs enfants un enseignement à domicile.  <sup>2</sup> L'enseignement à domicile est soumis à l'autorisation de la Direction et placé sous sa surveillance.  <sup>3</sup> L'autorisation est accordée si les parents ou les précepteurs sont en mesure de dispenser une formation équivalente à celle des écoles publiques.  <sup>4</sup> L'autorisation est retirée si les conditions de l'octroi ne sont plus remplies.</p>
FR	<p><b>411.0.1</b>  <b>Gesetz über den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule (Schulgesetz) vom 23. Mai 1985</b>  <b>ERSTER TITEL</b>  <b>Allgemeine Bestimmungen</b>  <b>Art. 1 Geltungsbereich und Gegenstand</b>  <sup>1</sup> Dieses Gesetz gilt für den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule.  <sup>2</sup> Es hat zum Gegenstand:  a) die Ziele und die Ausrichtung der Schule;  b) die Rechte und Pflichten der Schüler und ihrer Eltern;  c) das Dienstverhältnis der Lehrer;  d) die Gliederung und den allgemeinen Betrieb der Schule;  e) die Organisation der Schulkreise;  f) die Organisation und die Aufgabe der örtlichen und der kantonalen Schulbehörden;  g) die Finanzierung der Schule;  h) die Aufsicht über den privaten Unterricht;  i) die Schuldienste;  j) die Rechtsmittel.</p> <p><b>Art. 4 Schulpflicht</b>  <b>a) Grundsatz</b>  <sup>1</sup> Die Eltern haben das Recht und die Pflicht, ihre Kinder im schulpflichtigen Alter in eine öffentliche oder eine private Schule zu schicken oder ihnen zu Hause Unterricht zu erteilen.  <sup>2</sup> Die Schulpflicht dauert neun Jahre und umfasst den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule.</p> <p><b>ACHTER TITEL</b>  <b>Privater Unterricht</b>  <b>ZWEITES KAPITEL</b>  <b>Unterricht zu Hause</b>  <b>Art. 104</b>  <sup>1</sup> Die Eltern haben das Recht, ihren Kindern zu Hause Unterricht zu erteilen oder erteilen zu lassen.  <sup>2</sup> Der Unterricht zu Hause bedarf der Bewilligung der Direktion und steht unter deren Aufsicht.  <sup>3</sup> Die Bewilligung wird erteilt, wenn die Eltern oder der Hauslehrer in der Lage sind, eine Ausbildung zu vermitteln, die jener der öffentlichen Schulen gleichwertig ist.  <sup>4</sup> Die Bewilligung wird entzogen, wenn die Voraussetzungen für ihre Erteilung nicht mehr erfüllt sind.</p>
FR	<p><b>411.0.11</b>  <b>Règlement du 16 décembre 1986 d'exécution de la loi scolaire (RLS)</b>  <b>CHAPITRE QUATRIÈME</b>  <b>Elèves</b>  <b>III. Admission des élèves (art. 33 al. 5 LS)</b>  <b>Art. 61 Cas particuliers</b>  <sup>1</sup> Lorsqu'un élève change de domicile ou de résidence habituelle durant sa scolarité obligatoire, ses parents sont tenus d'en aviser immédiatement la commune du nouveau domicile ou de la nouvelle résidence habituelle.  <sup>2</sup> Lorsque des parents veulent envoyer leur enfant en âge de scolarité obligatoire dans une école privée ou lui dispenser un enseignement à domicile, ou lorsque des parents cessent d'envoyer leur enfant en âge de scolarité obligatoire dans une école privée ou de lui dispenser un enseignement à domicile, ils sont tenus d'en aviser sans délai la commune de domicile ou de résidence habituelle de leur enfant.  <sup>3</sup> L'admission en cours de scolarité obligatoire est réglée comme suit :</p>

	<p>a) l'admission à l'école primaire est décidée par l'inspecteur scolaire sur proposition de la commission scolaire ;  b) l'admission en première année d'école du cycle d'orientation est décidée par l'inspecteur des écoles primaires, et l'admission dans une année ultérieure de l'école du cycle d'orientation par le directeur d'école.</p>
FR	<p><b>411.0.11</b>  <b>Ausführungsreglement zum Schulgesetz (RSchG) vom 16. Dezember 1986</b>  <b>VIERTES KAPITEL</b>  <b>Schüler</b>  <b>III. Zulassung der Schüler (Art. 33 Abs. 5 SchG)</b>  <b>Art. 61 Sonderfälle</b>  <sup>1</sup> Wechselt ein Schüler seinen Wohnsitz oder seinen ständigen Aufenthaltsort während der obligatorischen Schulzeit, sind die Eltern gehalten, die Gemeinde des neuen Wohnsitzes oder des neuen ständigen Aufenthaltes unverzüglich zu benachrichtigen.  <sup>2</sup> Wenn Eltern ihr Kind im schulpflichtigen Alter in eine Privatschule schicken oder ihm zu Hause Unterricht erteilen wollen oder wenn Eltern aufhören, ihr Kind im schulpflichtigen Alter in eine Privatschule zu schicken oder ihm zu Hause Unterricht zu erteilen, sind sie gehalten, die Gemeinde des Wohnsitzes oder des ständigen Aufenthaltes ihres Kindes unverzüglich zu benachrichtigen.  <sup>3</sup> Die Zulassung während der obligatorischen Schulzeit ist wie folgt geregelt:  a) Über die Zulassung zur Primarschule entscheidet der Schulinspektor auf Vorschlag der Schulkommission.  b) Über die Zulassung zum ersten Orientierungsschuljahr entscheidet der Primarschulinspektor und über die Zulassung zu den folgenden Orientierungsschuljahren der Schuldirektor.</p>
GE	<p><b>C 1 10</b>  <b>Loi sur l'instruction publique (LIP) du 6 novembre 1940</b>  <b>Titre I Dispositions générales</b>  <b>Chapitre III Instruction obligatoire</b>  <b>Art. 9 Principe</b>  Tous les enfants habitant le canton de Genève doivent recevoir, dans les écoles publiques ou privées, ou à domicile, une instruction conforme aux prescriptions de la présente loi et au programme général établi par le département conformément à l'accord HarmoS et à la convention scolaire romande, du 21 juin 2007.  <b>Chapitre IV Enseignement privé</b>  <b>Art. 14 Liberté d'enseignement</b>  <sup>1</sup> La liberté d'enseignement est garantie à tous les Suisses, sous réserve des dispositions prescrites par les lois et règlements dans l'intérêt de l'ordre public, des bonnes moeurs et de l'hygiène.  <sup>2</sup> Les étrangers ne peuvent enseigner qu'après avoir obtenu une autorisation d'enseigner délivrée par le département. Cette autorisation, délivrée après un examen ou sur la production d'un diplôme reconnu suffisant, est révocable en tout temps. Le règlement fixe les conditions de l'autorisation.  <sup>3</sup> Les dispositions relatives aux autorisations de séjour et de travail sont réservées.  <b>Art. 14A Ecole privée: autorisation préalable</b>  <sup>1</sup> L'exploitation d'une école privée, pour quelque enseignement que ce soit, ainsi que l'organisation de cours par correspondance, doivent faire l'objet d'une autorisation préalable du département.  <sup>2</sup> Cette autorisation, qui n'est accordée que si l'enseignement projeté et les conditions dans lesquelles il doit être donné ne sont pas contraires à l'ordre public, aux bonnes moeurs et à l'hygiène, est révocable en tout temps.  <sup>3</sup> Le règlement fixe la procédure et les conditions de l'autorisation.  <b>Art. 15 Instruction obligatoire</b>  <sup>1</sup> Le département vérifie en tout temps que l'instruction obligatoire dans les écoles privées est conforme aux dispositions légales et réglementaires.  <sup>2</sup> L'enseignement obligatoire, lorsqu'il a lieu à domicile, est également contrôlé.  <sup>3</sup> Si le département constate que l'instruction donnée dans une école privée ou à domicile est insuffisante, il prend les mesures qui s'imposent; il met notamment en demeure les parents ou les tuteurs des enfants de les envoyer dans une autre école ou de les confier à d'autres professeurs.  <b>Art. 15A Sanctions pénales</b>  <sup>1</sup> Les contrevenants aux dispositions du présent chapitre ou de son règlement d'application seront punis de l'amende.  <sup>2</sup> Le département prononce l'amende; il peut déléguer cette compétence à l'un de ses services.  <sup>3</sup> L'article 357 du code de procédure pénale suisse, du 5 octobre 2007, s'applique.</p>
GE	<p><b>C 1 10.21</b>  <b>Règlement de l'enseignement primaire (REP) du 7 juillet 1993</b>  <b>Chapitre V Droits et obligations des élèves et des parents</b>  <b>Section 1 Instruction obligatoire</b>  <b>Art. 19 Principes généraux</b>  <sup>1</sup> Tous les enfants habitant le canton de Genève doivent recevoir, dans les écoles publiques ou privées, ou à domicile, une instruction conforme aux prescriptions de la loi et au programme général établi par le département.  <sup>2</sup> Les parents doivent donner à leur enfant, en particulier à celui qui rencontre des difficultés importantes d'adaptation à la vie scolaire et sociale, une formation appropriée, correspondant notamment à ses aptitudes. Ils s'efforcent en outre de placer les enfants dans des conditions les plus favorables à leur développement.  <sup>3</sup> A cet effet, ils sont tenus de collaborer avec l'école et, lorsque les circonstances l'exigent, avec les services de l'office de l'enfance et de la jeunesse.  <sup>4</sup> Hors de l'école, les enfants sont notamment soumis au règlement sur la surveillance des mineurs, du 25 mai 1945.  <b>Art. 20 Présence obligatoire à l'école</b>  Les parents ne peuvent garder leurs enfants à la maison que s'ils y sont expressément autorisés par la directrice ou le directeur d'établissement scolaire.</p>

GE	<p><b>C 1 10.83</b>  <b>Règlement relatif à l'enseignement privé (REPriv) du 28 juillet 1971</b>  <b>Titre I Enseignement en école privée</b>  <b>Chapitre I Dispositions générales</b>  <b>Art. 2 Principes généraux</b>  <sup>1</sup> L'enseignement ne doit rien comporter de contraire à l'ordre public, en particulier à la bonne foi dans les affaires, à la sécurité, à la santé et à la morale publiques. Les mineurs ont droit à une protection particulière de leur intégrité et à l'encouragement de leur développement.  <sup>2</sup> Le projet pédagogique de l'établissement, la composition de sa direction, du personnel d'encadrement des élèves, les locaux et équipements, permettent d'enseigner dans les conditions conformes à l'offre annoncée.  <sup>3</sup> Les écoles doivent veiller à n'inscrire que des candidats pouvant raisonnablement suivre l'enseignement souscrit.  <sup>4</sup> Toute signature de contrat, perception d'écolage ou autre engagement ferme auprès du public sont interdits avant l'obtention de l'autorisation d'exploiter l'école.  <sup>5</sup> L'enseignement en milieu privé est complémentaire à celui dispensé en école publique. Les directions respectives d'établissements scolaires privés et publics, en particulier lorsque ceux-ci sont à proximité et relèvent de l'enseignement de base, favorisent l'échange et les rencontres entre elles.  <sup>6</sup> La surveillance des écoles privées qui sont au bénéfice du certificat suisse de qualité pour les écoles d'enseignement général et professionnel ou d'une autre certification agréée figurant sur une liste publiée par le département est adaptée en conséquence. Les conditions de passage dans les filières correspondantes de l'école publique tiennent compte, de manière appropriée et dans le respect du droit de rang supérieur, des faits certifiés par l'organe indépendant.</p> <p><b>Titre II Instruction obligatoire</b>  <b>Art. 15 Enseignement obligatoire en milieu privé</b>  <sup>1</sup> L'enseignement en milieu privé est soumis à certaines dispositions :  a) du règlement de l'enseignement primaire, du 7 juillet 1993;  b) des règlements du cycle d'orientation.</p> <p><b>Enseignement en école privée</b>  <sup>2</sup> Les écoles privées au sens de l'article 1 du présent règlement, recevant des élèves en âge de scolarité obligatoire, sont tenues d'annoncer sans délai au département l'arrivée et le départ d'un élève.</p> <p><b>Enseignement à domicile</b>  <sup>3</sup> L'enseignement dispensé à domicile est assuré sous la responsabilité des parents ou du répondant légal de l'enfant.  <sup>4</sup> Les parents ou le répondant légal ont l'obligation d'aviser par écrit et sans délai le département en indiquant :  a) la personne ou les personnes chargées de l'enseignement;  b) les mesures prises pour assurer un enseignement correspondant au plan d'études cadre du département.  Cet avis doit être renouvelé chaque année et lors de chaque changement de résidence habituelle de l'enfant.</p>
GL	<p><b>IV B/1/3</b>  <b>Gesetz über Schule und Bildung (Bildungsgesetz) vom 06.05.2001 (Stand 01.01.2013)</b>  <b>I. Allgemeine Bestimmungen</b>  <b>Art. 9 Privater Einzelunterricht</b>  <sup>1</sup> Wollen die Erziehungsberechtigten ihre schulpflichtigen Kinder einzeln unterrichten lassen oder selbst unterrichten, so bedürfen sie einer Bewilligung des Departements.  <sup>2</sup> Die Bewilligung wird erteilt, wenn  a. der Einzelunterricht durch Personen erfolgt, die im Besitz eines anerkannten, stufengemässen Fähigkeitsausweises sind, und  b. eine Schulbildung gewährleistet wird, die derjenigen öffentlicher Schulen gleichwertig ist.  <sup>3</sup> Das Departement übt die Aufsicht über den privaten Einzelunterricht aus.</p>
GR	<p><b>421.000</b>  <b>Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden vom 21. März 2012</b>  <b>I. Allgemeine Bestimmungen</b>  <b>Art. 1 Gegenstand, Geltungsbereich</b>  <sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt die Bildung und Erziehung in der Volksschule.  <sup>2</sup> Das Gesetz gilt für die öffentlichen Schulen und, soweit es keine Ausnahmen vorsieht, sinngemäss auch für die Institutionen der Sonderschulung sowie für den Privatunterricht und die Privatschulen, in denen die Schulpflicht erfüllt werden kann.</p> <p><b>III. Schul- und Bildungsangebote</b>  <b>2. Schulpflicht, Schulort und Unentgeltlichkeit</b>  <b>Art. 10 Recht auf Schulbesuch, Schulpflicht</b>  <sup>1</sup> Alle Kinder mit dauerndem Aufenthalt im Kanton haben das Recht, die öffentliche Volksschule zu besuchen.  <sup>2</sup> Der Schulbesuch ist auf der Primarstufe und auf der Sekundarstufe I obligatorisch.  <sup>3</sup> Die Schulpflicht kann auch in Institutionen der Sonderschulung, in Privatschulen oder durch Privatunterricht erfüllt werden.</p> <p><b>3. Privatschulen und Privatunterricht</b>  <b>Art. 18 Privatunterricht, Bewilligungspflicht und Aufsicht</b>  <sup>1</sup> Als Privatunterricht gelten der Einzelunterricht und der Unterricht in einer Gruppe von bis zu vier Schülerinnen und Schülern.  <sup>2</sup> Privatunterricht bedarf einer Bewilligung des Departements. Diese wird erteilt, wenn das Bildungsangebot demjenigen der öffentlichen Volksschule entspricht und der Lehrplan erfüllt wird.  <sup>3</sup> Die Aufsicht obliegt dem Amt.</p> <p><b>Art. 19 Weitere Leistungen</b>  Schülerinnen und Schüler, die eine Privatschule besuchen oder privat unterrichtet werden, haben keinen Anspruch</p>

	<p>gegenüber der Gemeinde auf die von der öffentlichen Volksschule zur Verfügung gestellten Leistungen.</p> <p><b>VIII. Finanzierung der Schulen</b></p> <p><b>1. Grundsatz</b></p> <p><b>Art. 70 2. Bei Privatschulen und Privatunterricht</b></p> <p>Der Kanton und die Schulträgerschaften sind nicht verpflichtet die Kosten für den Privatunterricht und von Privatschulen zu übernehmen.</p> <p><b>IX. Instanzen und Aufsicht</b></p> <p><b>1. Kantonale Instanzen</b></p> <p><b>Art. 91 Inspektorat, Schulpsychologischer Dienst und weitere Fachstellen</b></p> <p><sup>1</sup> Zur Aufgabenerfüllung bietet das Amt in den Sprachregionen besondere Dienstleistungen an. Es führt das Inspektorat, den Schulpsychologischen Dienst und weitere Fachstellen, in deren Grundangebot insbesondere folgende Aufgaben fallen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Aufsicht über die öffentlichen und privaten Volksschulen sowie den Privatunterricht;</li> <li>b) Vollzug und Beratung im Bereich Sonderpädagogik und Integration;</li> <li>c) Qualitätsprüfung und Qualitätssicherung in den einzelnen Volksschulen;</li> <li>d) Bearbeitung allgemeiner Schulfragen;</li> <li>e) schulpsychologische Beratung, Abklärung, Berichterstattung und Antragstellung;</li> <li>f) Diagnostik, Therapie und Evaluation im Bereich der Massnahmen der Sonderpädagogik sowie anderer Fachstellen im Bereich Kinder und Jugendliche;</li> <li>g) Beratung von Lehrpersonen, Erziehungsberechtigten, Schulleitungen und Schulbehörden.</li> </ul> <p><sup>2</sup> Das Amt kann Aufgaben Dritten übertragen oder solche beziehen.</p> <p><sup>3</sup> Die Dienstleistungen des Inspektorates, des Schulpsychologischen Dienstes und der weiteren Fachstellen sind im Rahmen des Grundangebots kostenlos. Für weiter gehende Dienstleistungen können Kostenbeiträge verlangt werden.</p>
GR	<p><b>421.010</b></p> <p><b>Verordnung zum Schulgesetz (Schulverordnung) vom 25. September 2012</b></p> <p><b>II. Schul- und Bildungsangebote</b></p> <p><b>3. Privatschulen und Privatunterricht</b></p> <p><b>Art. 12 Unterrichtsberechtigung</b></p> <p>Lehrpersonen an Privatschulen und für den Privatunterricht müssen die gleichen Voraussetzungen für die Unterrichtsberechtigung erfüllen wie Lehrpersonen der öffentlichen Volksschule.</p> <p><b>Art. 13 Massnahmen bei ungenügenden Voraussetzungen</b></p> <p><sup>1</sup> Wenn der Privatunterricht oder der Unterricht an Privatschulen den gesetzlichen und lehrplanmässigen Anforderungen oder den Auflagen nicht entspricht, kann das Departement den Übertritt in die öffentliche Schule verfügen.</p> <p><sup>2</sup> Die Regierung kann die Schliessung von Privatschulen verfügen, sofern diese die gesetzlichen Bestimmungen oder Auflagen nicht erfüllen.</p>
JU	<p><b>410.11</b></p> <p><b>Loi sur l'école obligatoire du 20 décembre 1990</b></p> <p><b>TITRE PREMIER : Dispositions générales</b></p> <p><b>Art. 6 Scolarité obligatoire</b></p> <p><b>a) Principe</b></p> <p><sup>1</sup> Tout enfant, quel que soit son statut, a accès à l'école.</p> <p><sup>2</sup> Les parents ont le droit et l'obligation d'envoyer leur enfant en âge de scolarité obligatoire dans une école publique. Demeure réservé le droit des parents de donner ou de faire donner un enseignement privé, conformément à la législation sur l'enseignement privé.</p> <p><b>b) Degrés, durée</b></p> <p><sup>3</sup> La scolarité obligatoire comprend deux degrés : le degré primaire, école enfantine incluse, qui dure en principe huit années, et le degré secondaire, qui dure en principe trois années.</p> <p><sup>4</sup> Elle dure onze ans.</p> <p><b>TITRE QUATRIEME : Parents et élèves</b></p> <p><b>CHAPITRE PREMIER : Parents</b></p> <p><b>Art. 73 Violation des obligations scolaires</b></p> <p><sup>1</sup> Tout parent d'un enfant en âge de scolarité obligatoire qui, de manière intentionnelle ou par négligence, contrevient à l'obligation de l'envoyer dans une école publique ou privée ou de lui faire dispenser, à domicile, un enseignement, est puni d'amende.</p> <p><sup>2</sup> La commission d'école contrôle l'accomplissement des obligations scolaires et, le cas échéant, prononce l'amende.</p>
JU	<p><b>410.111</b></p> <p><b>Ordonnance portant exécution de la loi scolaire (Ordonnance scolaire) du 29 juin 1993</b></p> <p><b>TITRE PREMIER : Dispositions générales</b></p> <p><b>Passage de l'école publique à l'enseignement privé</b></p> <p><b>Art. 8</b></p> <p>Les parents qui entendent donner ou faire donner à leur enfant un enseignement privé, conformément à la législation sur l'enseignement privé, communiquent leur décision par écrit au directeur ou, à défaut, à la commission d'école, à l'intention du conseiller pédagogique.</p>
JU	<p><b>417.1</b></p> <p><b>Loi sur l'enseignement privé du 10 mai 1984</b></p> <p><b>TITRE PREMIER : Dispositions générales</b></p> <p><b>Champ d'application</b></p> <p><b>Article premier</b></p> <p><sup>1</sup> La présente loi garantit et règle le droit d'ouvrir et d'exploiter une école privée sise sur le territoire de la République et</p>



	<p>Canton du Jura, ainsi que le droit de donner un enseignement privé.</p> <p><sup>2</sup> Elle régit l'aide de l'Etat aux écoles privées.</p> <p><b>TITRE DEUXIEME : Ouverture d'une école ou institution d'un enseignement privé</b></p> <p><b>Art. 9 Enseignement en milieu privé</b></p> <p><sup>1</sup> Les parents ou les représentants légaux qui entendent donner eux-mêmes, ou faire donner un enseignement privé aux enfants en âge de scolarité obligatoire, en avisent, par écrit, la commission d'école du degré concerné du lieu habituel de résidence de l'enfant. Cet avis indique les personnes chargées de l'enseignement et les mesures prises pour assurer à l'enfant un enseignement correspondant aux exigences générales des plans d'études. L'avis doit être renouvelé au début de chaque année et lors de chaque changement de lieu de résidence de l'enfant.</p> <p><sup>2</sup> La commission d'école annonce sans délai au Service de l'enseignement les enfants suivant un enseignement privé. Pour les enfants en âge de fréquenter la 6<sup>ème</sup> année, la commission de l'école primaire informe également la commission de l'école secondaire.</p> <p><sup>3</sup> Les conseillers pédagogiques procèdent à un contrôle régulier de l'enseignement en milieu privé.</p> <p><sup>4</sup> Si l'enseignement se révèle insuffisant, le Département met en demeure les parents ou les représentants légaux de prendre les mesures appropriées. Si l'enseignement reste insuffisant après mise en demeure, le Département ordonne le placement de l'enfant dans une classe de l'école publique.</p>
JU	<p><b>417.11</b></p> <p><b>Ordonnance portant exécution de la loi sur l'enseignement privé du 18 décembre 1984</b></p> <p><b>CHAPITRE II : Enseignement en école privée et en milieu privé</b></p> <p><b>Art. 20 Enseignement en milieu privée</b></p> <p><sup>1</sup> Les parents qui entendent donner ou faire donner à leur enfant un enseignement en milieu privé communiquent leur décision par écrit à la commission de l'école du cercle scolaire. Les personnes chargées de l'enseignement doivent disposer des compétences et du matériel nécessaires permettant d'offrir un niveau d'éducation et d'instruction propre à atteindre les buts assignés à l'école, conformément à l'article 3 de la loi scolaire. Les parents fournissent les attestations nécessaires à cet effet.</p> <p><sup>2</sup> La commission d'école transmet sans délai le dossier au Service de l'enseignement. Celui-ci peut requérir tout complément d'information nécessaire.</p> <p><sup>3</sup> Le Département interdit l'enseignement en milieu privé qui ne satisfait pas aux exigences requises. En présence de lacunes de moindre importance, il peut fixer un délai pour remédier à celles-ci, sous peine d'interdiction en cas de non respect.</p> <p><b>Art. 21 Surveillance</b></p> <p><sup>1</sup> Le Service de l'enseignement vérifie au moins une fois par année, aux frais des parents, si le niveau d'instruction et d'éducation satisfait aux exigences requises. Si tel n'est pas le cas, il en informe le Département qui procède conformément à l'article 20, alinéa 3.</p> <p><sup>2</sup> Lorsque le développement de l'enfant paraît menacé, le Service de l'enseignement informe en outre l'Autorité de protection de l'enfant et de l'adulte.</p>
LU	<p><b>400a</b></p> <p><b>Gesetz über die Volksschulbildung vom 22. März 1999 (Stand 1. August 2013)</b></p> <p><b>IV. Lernende</b></p> <p><b>§ 11 Besuch der Volksschule</b></p> <p><sup>1</sup> Kinder und Jugendliche haben im Rahmen der Rechtsordnung</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>das Recht, während zwei Jahren, und die Pflicht, während eines Jahres einen öffentlichen oder privaten Kindergarten zu besuchen,</li> <li>das Recht und die Pflicht, die Primarstufe und die Sekundarstufe I entweder in der öffentlichen oder in einer privaten Volksschule zu besuchen oder mit Privatunterricht zu absolvieren.</li> </ol> <p><sup>2</sup> Sie haben die Schule gemäss den in Lehrplänen festgehaltenen Anforderungen zu besuchen und abzuschliessen.</p> <p><sup>3</sup> ...</p> <p><sup>4</sup> Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten des Schulbesuchs, insbesondere die Aufnahmebedingungen, in Reglementen.</p> <p><b>V. Erziehungsberechtigte</b></p> <p><b>§ 19 Mitwirkung</b></p> <p><sup>1</sup> Die Erziehungsberechtigten entscheiden darüber, ob die von ihnen Vertretenen die öffentliche Volksschule, eine private Volksschule oder Privatunterricht besuchen.</p> <p><sup>2</sup> Sie wirken im Rahmen der Rechtsordnung beim Eintritt in die Kindergartenstufe, in die Primarstufe und in die Sonderschule, bei der Beurteilung der Lernenden sowie beim Übertritt in die Sekundarstufe I und beim Entscheid über die Nutzung von Förderangeboten mit.</p> <p><sup>3</sup> Sie haben im Rahmen der Rechtsordnung das Recht, den Unterricht und die Schulveranstaltungen ihrer Kinder zu besuchen.</p> <p><sup>4</sup> Der Regierungsrat regelt die allgemeinen, die Schulpflege die örtlichen Mitwirkungsrechte in Reglementen.</p> <p><b>XI. Private Anbieterinnen</b></p> <p><b>§ 51 Begriff</b></p> <p>Private Anbieterinnen sind Schulen und Institutionen mit einer privaten Trägerschaft oder Personen, die Privatunterricht erteilen.</p> <p><b>§ 52 Grundsätze</b></p> <p><sup>1</sup> Die Volksschule kann auch bei einer privaten Anbieterin besucht werden.</p> <p><sup>2</sup> Förderangebote und schulische Dienste können auch von privaten Anbieterinnen erbracht werden.</p> <p><sup>3</sup> Die Bildungsziele der Volksschule sind für die privaten Anbieterinnen verbindlich.</p> <p><sup>4</sup> Der Kanton unterstützt im Rahmen der verfügbaren Mittel private Anbieterinnen, kann sich an privaten Trägerschaften beteiligen oder privaten Anbieterinnen Aufgaben übertragen.</p>



	<p><sup>5</sup> Der Kanton kann Abschlüsse an privaten Schulen anerkennen.</p> <p><b>§ 53 Pflichten</b></p> <p><sup>1</sup> Private Anbieterinnen haben für die Errichtung und den Betrieb von Schulen, Förderangeboten und schulischen Diensten sowie für das Erteilen von Privatunterricht eine Bewilligung beim zuständigen Departement einzuholen.</p> <p><sup>2</sup> Der Kanton kann bei finanzieller Unterstützung oder staatlicher Beteiligung</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>eine angemessene Vertretung in den Trägerschaftsorganen beanspruchen,</li> <li>die Trägerschaft zur Beteiligung an der staatlichen Planung und Weiterentwicklung der Volksschulbildung verpflichten.</li> </ol> <p><b>§ 54 Betriebsbewilligung</b></p> <p>Das zuständige Departement regelt in der Betriebsbewilligung die Bedingungen für den Betrieb und die Aufsicht.</p> <p><b>XIII. Finanzen</b></p> <p><b>§ 62 Kantonsbeiträge</b></p> <p><sup>1</sup> Der Kanton entrichtet den Gemeinden Staatsbeiträge an die Betriebskosten (gemäss § 59 Abs. 2) für das kommunale Volksschulangebot. Die Staatsbeiträge decken 22,5 Prozent der gesamten im Kanton entstehenden Betriebskosten.</p> <p><sup>2</sup> Der Kanton entrichtet den Gemeinden seinen Anteil in der Form von pauschalen Pro-Kopf-Beiträgen für Lernende des Kindergartens oder der Basisstufe, der Primarschule und der Sekundarstufe sowie für Lernende fremder Sprache und Lernende in schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen.</p> <p><sup>3</sup> An die Kosten der Sonderschulung gemäss § 7 entrichtet der Kanton Staatsbeiträge im Umfang von 50 Prozent der Betriebskosten. Den Trägerinnen von privaten Sonderschulen richtet er seinen Anteil in Form von Beiträgen pro Lernende oder Lernenden und pro Schultag aus.</p> <p><sup>4</sup> Der Kanton leistet Beiträge an Trägerschaften, die im Auftrag des Kantons ein Bildungsangebot erbringen.</p> <p><sup>5</sup> Der Kanton kann Beiträge an private Anbieterinnen ausrichten.</p> <p><sup>6</sup> Der Regierungsrat regelt das Nähere in einer Verordnung.</p>
LU	<p><b>405</b></p> <p><b>Verordnung zum Gesetz über die Volksschulbildung (Volksschulbildungsverordnung) vom 16. Dezember 2008 (Stand 1. April 2013)</b></p> <p><b>III. Private Anbieterinnen</b></p> <p><b>§ 15 Bewilligung</b></p> <p><sup>1</sup> Die Erteilung von Privatunterricht oder die Errichtung von Privatschulen wird vom Bildungs- und Kulturdepartement bewilligt.</p> <p><sup>2</sup> Für die Erteilung einer Bewilligung gemäss Absatz 1 wird vorausgesetzt, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>die Trägerschaft der Privatschule oder die Privatunterricht erteilende Person die für die Ausübung dieser öffentlichen Aufgabe notwendige Vertrauenswürdigkeit besitzt,</li> <li>die Privatunterricht erteilende Person oder die an der Privatschule unterrichtenden Lehrpersonen eine gleichwertige pädagogische Ausbildung vorweisen können wie die der öffentlichen Schulen und</li> <li>der Lehrplan den kantonalen Vorschriften entspricht.</li> </ol> <p><sup>3</sup> Eine Privatunterricht erteilende Person darf nicht mehr als vier Lernende unterrichten.</p> <p><sup>4</sup> Die Dienststelle Volksschulbildung prüft, ob das für die öffentlichen Schulen vorgeschriebene Lernziel durch den Unterricht der privaten Anbieterinnen und Anbieter erreicht wird. Bei ungenügendem Unterricht wird die Bewilligung entzogen und die Einweisung der Lernenden in eine öffentliche Schule verfügt.</p> <p><b>§ 16 Leistungen der öffentlichen Volksschulen</b></p> <p>Lernende, die eine Privatschule besuchen oder privat unterrichtet werden, haben an ihrem Wohnort Anspruch auf die Leistungen der Schuldienste, einschliesslich der dafür notwendigen Abklärungen.</p> <p><b>IV. Disziplinar- und Strafordnung</b></p> <p><b>§ 21 Straftatbestände</b></p> <p><sup>1</sup> Erziehungsberechtigte, die für unentschuldigte Schulversäumnisse von Lernenden verantwortlich sind oder die nicht an angeordneten Gesprächen teilnehmen, können von der Schulleitung mit einer Ordnungsbusse bis zu 1500 Franken gebüsst werden. Im Wiederholungsfall können die verantwortlichen Erziehungsberechtigten, sofern sie von der Schulleitung bereits mit einer Ordnungsbusse bestraft worden sind, von der Schulpflege mit einer Busse bis zu 3000 Franken bestraft werden.</p> <p><sup>2</sup> Die Trägerschaft oder die Leitung von Privatschulen sowie Privatunterricht erteilende Personen, die gegen die in der Betriebsbewilligung enthaltenen Bedingungen verstossen oder Anordnungen der zuständigen Behörden nicht befolgen, können vom Bildungs- und Kulturdepartement mit einer Busse bis zu 3000 Franken bestraft werden.</p>
NE	<p><b>410.10</b></p> <p><b>Loi sur l'organisation scolaire (LOS), du 28 mars 1984 (Etat au 1<sup>er</sup> janvier 2013)</b></p> <p><b>CHAPITRE PREMIER</b></p> <p><b>Champ d'application, définitions, organisation et principes</b></p> <p><b>Principes</b></p> <p><b>Art. 3</b></p> <p><sup>1</sup> La scolarité obligatoire s'accomplit dans les écoles publiques, soit les écoles des cycles 1, 2 et 3.</p> <p><sup>2</sup> Elle peut avoir lieu dans les écoles privées ou à domicile.</p> <p><b>Enseignement privé</b></p> <p><b>Art. 7</b></p> <p><sup>1</sup> L'enseignement privé correspondant à la scolarité obligatoire doit être équivalent à celui des écoles publiques.</p> <p><sup>2</sup> Le Département de l'éducation et de la famille peut admettre des dérogations, notamment pour les élèves de langue maternelle étrangère dont le séjour dans le canton est temporaire.</p> <p><b>CHAPITRE 6</b></p> <p><b>Dispositions financières et systèmes de gestion</b></p> <p><b>Responsabilité financière</b></p>

	<p><b>Art. 47</b> L'Etat ni les communes ne subventionnent l'enseignement privé.</p>
NE	<p><b>410.241</b> <b>Arrêté concernant le contrôle de l'enseignement privé du 19 février 1986 (Etat au 1<sup>er</sup> août 2013)</b> <b>Article premier</b> <sup>1</sup> Tout établissement d'enseignement privé ayant son siège dans le canton de Neuchâtel et dispensant un enseignement au niveau de la scolarité obligatoire est soumis au contrôle général du Département de l'éducation et de la famille (ci-après: le département). <sup>2</sup> L'enseignement privé dispensé à domicile fait également l'objet d'un contrôle.</p> <p><b>Art. 2</b> Les parents qui décident de donner à leur enfant un enseignement privé en informent la commission scolaire ou la direction d'école intéressée.</p> <p><b>Art. 3</b> L'autorité scolaire compétente signale au département tout enfant fréquentant une école privée ou suivant un enseignement dispensé à domicile.</p> <p><b>Art. 4</b> <sup>1</sup> Sous réserve de circonstances particulières, les mutations d'enfants de l'école publique à l'enseignement privé ont lieu lors d'un changement d'année scolaire. <sup>2</sup> Au début de chaque année scolaire, les établissements d'enseignement privé sont tenus d'adresser au département la liste nominative de leurs élèves en âge de scolarité obligatoire.</p> <p><b>Art. 5</b> Les enfants fréquentant un établissement d'enseignement privé hors du canton sont l'objet d'un contrôle annuel de leur présence dans ledit établissement.</p> <p><b>Art. 6</b> Lorsqu'il passe de l'enseignement privé à l'enseignement public, l'enfant est soumis à une évaluation de ses connaissances scolaires pour déterminer son intégration.</p>
NW	Keine gesetzliche Regelungen zu Privatunterricht auffindbar.
OW	<p><b>410.1</b> <b>Bildungsgesetz vom 16.03.2006 (Stand 01.01.2013)</b> <b>II. Stufenübergreifende Bestimmungen</b> <b>E. Privatschulen und Privatunterricht</b> <b>Art. 40 Privatunterricht</b> Der Besuch von Privatunterricht zur Erfüllung der Volksschulpflicht ausserhalb von Privatschulen bedarf der Bewilligung des Kantons. An die Bewilligung können Bedingungen geknüpft werden.</p> <p><b>VII. Organisation</b> <b>A. Kanton</b> <b>Art. 122 Zuständiges Departement</b> <sup>1</sup> Das zuständige Departement leitet das gesamte Bildungswesen des Kantons. Es vollzieht die Bildungsgesetzgebung, soweit der Vollzug nicht einer andern Behörde oder Instanz zugewiesen ist. <sup>2</sup> Das zuständige Departement ist in stufenübergreifenden Belangen insbesondere zuständig für: a. die Beaufsichtigung der Schulen des Kantons und der Einwohnergemeinde gemäss Art. 7 dieses Gesetzes sowie der Privatschulen gemäss Art. 38 Abs. 1 dieses Gesetzes, b. die Erteilung und den Entzug der Lehrbewilligung gemäss Art. 27 Abs. 3 und 4 dieses Gesetzes, c. die Bereitstellung eines ausreichenden Weiterbildungsangebots für Lehrpersonen gemäss Art. 31 Abs. 2 dieses Gesetzes, d. die Anordnung von Massnahmen zur Aufsicht von Privatschulen und deren Lehrpersonen gemäss Art. 38 Abs. 2 dieses Gesetzes, e. die Bewilligung zum Besuch von Privatunterricht zur Erfüllung der Volksschulpflicht ausserhalb von Privatschulen gemäss Art. 40 dieses Gesetzes.</p> <p><sup>3</sup> Das zuständige Departement ist in Belangen der Volksschule insbesondere zuständig für: a. die Bestimmung der Lehrmittel und allfälliger Empfehlungen für Gebrauchsmittel gemäss Art. 62 dieses Gesetzes, b. ... c. ...</p> <p><sup>4</sup> Das zuständige Departement zieht Betroffene bei der Planung von Projekten frühzeitig mit ein, insbesondere bei Projekten auf der Volksschulstufe.</p>
SG	<p><b>213.1</b> <b>Volksschulgesetz vom 13.01.1983 (Stand 27.11.2012)</b> <b>I. Allgemeine Bestimmungen</b> <b>Art. 1. Geltungsbereich</b> <sup>1</sup> Dieses Gesetz gilt für die öffentliche Volksschule. <sup>2</sup> Für den Privatunterricht regelt es die Aufsicht des Staates.</p> <p><b>VIII. Privatunterricht</b> <b>Art. 115. Aufsicht</b> <sup>1</sup> Privatschulen, die schulpflichtige Kinder unterrichten, unterstehen wie die öffentlichen Schulen der Aufsicht des Staates.</p> <p><b>Art. 116. Bewilligung</b> <b>a) Grundsatz</b> <sup>1</sup> Errichtung und Führung von Privatschulen bedürfen der Bewilligung des Erziehungsrates.</p>

	<p><b>Art. 117. b) Erteilung</b>  <b>1. im allgemeinen</b>  <sup>1</sup> Die Bewilligung wird erteilt, wenn:  a) Schulleitung, fachliche Führung, Organisation und Schulräumlichkeiten einen der öffentlichen Schule gleichwertigen, auf Dauer angelegten Unterricht gewährleisten;  b) die obligatorischen Unterrichtsbereiche der öffentlichen Schule unterrichtet werden.  <sup>2</sup> Der Erziehungsrat kann die Bewilligung mit Auflagen verbinden, um die Gleichwertigkeit des Unterrichts sicherzustellen.</p> <p><b>Art. 118. 2. Privatschulen für ausländische Kinder</b>  <sup>1</sup> Privatschulen für ausländische Kinder, die sich vorübergehend in der Schweiz aufhalten, kann die Bewilligung ausnahmsweise auch erteilt werden, wenn die Gleichwertigkeit des Unterrichts nicht vollständig gewährleistet ist.  <sup>2</sup> Der Erziehungsrat kann durch Reglement die Zulassung von Schülerinnen und Schülern einer besonderen Kommission übertragen und zeitlich beschränken.</p> <p><b>Art. 119. 3. Massnahmen und Entzug</b>  <sup>1</sup> Der Erziehungsrat ordnet unter Androhung des Entzugs der Bewilligung Massnahmen an, wenn:  a) die Voraussetzungen für die Erteilung der Bewilligung nicht mehr bestehen;  b) Auflagen und Weisungen nicht beachtet werden;  c) der Unterricht aus anderen Gründen gefährdet ist.</p> <p><b>Art. 120. Lehrpersonal</b>  <sup>1</sup> Unterricht an Privatschulen darf erteilen, wer eine Lehrbewilligung für Privatschulen besitzt.  <sup>2</sup> Die zuständige Stelle des Staates erteilt die Lehrbewilligung in sachgemässer Anwendung von Art. 62 dieses Gesetzes. Sie kann die Lehrbewilligung befristen.</p> <p><b>Art. 122. Meldepflicht</b>  <sup>1</sup> Die Inhaberin oder der Inhaber der Privatschule meldet Eintritt und Austritt von Schülerinnen oder Schülern innert vierzehn Tagen dem zuständigen Schulrat am Wohnsitz der Eltern.  <sup>2</sup> Besucht die Schülerin oder der Schüler eine ausserkantonale Privatschule, so haben die Eltern dem Schulrat eine Bestätigung der Schule einzureichen.</p> <p><b>Art. 123. Privater Einzelunterricht</b>  <sup>1</sup> Für den privaten Einzelunterricht werden die Vorschriften dieses Gesetzes über die Privatschulen sachgemäss angewendet.  <sup>2</sup> Der Erziehungsrat erteilt die Bewilligung, wenn zudem die Erziehung zur Gemeinschaftsfähigkeit sichergestellt ist.</p>
SH	<p><b>410.100</b>  <b>Schulgesetz vom 27. April 1981</b>  <b>I. Grundsätzliche Bestimmungen</b>  <b>Art. 1 Geltungsbereich</b>  Das Schulgesetz regelt das Bildungswesen in den öffentlichen Schulen sowie die Aufsicht über private Schulen und privaten Unterricht.</p> <p><b>Art. 15 Private Schulen, privater Unterricht</b>  Private Schulen und privater Unterricht bedürfen der Bewilligung des Erziehungsrates. Während der Dauer der Schulpflicht müssen sie grundsätzlich den Bildungszielen der öffentlichen Schulen genügen; sie stehen unter staatlicher Aufsicht.</p> <p><b>II. Recht auf Schulbildung sowie Kindergarten- und Schulpflicht</b>  <b>Art. 18 Erfüllung der Kindergarten- bzw. Schulpflicht</b>  <sup>1</sup> Die Kinder erfüllen ihre Kindergarten- bzw. Schulpflicht durch den Besuch der öffentlichen Schulen. Verantwortlich für die Erfüllung sind die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten. Sind diese um die Erfüllung der Kindergarten- bzw. Schulpflicht durch die Kinder nicht genügend besorgt, werden sie von den zuständigen Behörden zur Verantwortung gezogen.  <sup>2</sup> Die Kinder erfüllen ihre Kindergarten- bzw. Schulpflicht an der Schule ihres Wohnortes bzw. des Schulkreises, zu dem ihr Wohnort gehört. Besondere Fälle und die entsprechenden Entschädigungsansprüche werden durch Dekret des Kantonsrates geregelt.  <sup>3</sup> Kinder, die in ihrer Bildungsfähigkeit erheblich benachteiligt oder in ihrer Entwicklung wesentlich gefährdet sind, erfüllen ihre Kindergarten- und Schulpflicht in Sonderschulen.  <sup>4</sup> Die Kindergarten- bzw. Schulpflicht kann auch durch Besuch bewilligter privater Schulen oder bewilligten privaten Unterrichts erfüllt werden.</p> <p><b>V. Erziehungs- und Schulbehörden</b>  <b>Art. 76 Inspektorat</b>  <sup>1</sup> Im Auftrag des Erziehungsrates beaufsichtigen Inspektoren die Schulen der Gemeinden, die Sonderschulen, den Unterricht an Privatschulen und den privaten Unterricht.  <sup>2</sup> Die Pädagogische Hochschule und die Kantonsschule werden von ihren Aufsichtskommissionen beaufsichtigt.  <sup>3</sup> Aufgaben und Stellung der Inspektoren und der Aufsichtskommissionen werden durch Dekret des Kantonsrates geregelt.</p>
SH	<p><b>410.110</b>  <b>Schuldekret vom 27. April 1981</b>  <b>II. Schulpflicht und Recht auf Schulbildung</b>  <b>§ 4 Erfüllung der Schulpflicht in privaten Schulen und durch privaten Unterricht</b>  <sup>1</sup> Eltern, deren Kinder die Schulpflicht nicht durch den Besuch der öffentlichen Schulen erfüllen, sind verpflichtet, die Schulbehörde vorgängig zu unterrichten, durch welche Art von Unterricht die Erfüllung der Schulpflicht gewährleistet ist. Die Schulbehörde orientiert das Erziehungsdepartement.  <sup>2</sup> Das Erziehungsdepartement ist befugt, Überprüfungen durch das Schulinspektorat anzuordnen.</p>

SO	<p><b>111.1</b>  <b>Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986</b>  <b>6. Abschnitt: Staatsaufgaben</b>  <b>IV. Kultur, Unterricht und Bildung</b>  <b>Art. 108. Privatschulen</b>  <sup>1</sup> Private Schulen auf Volks- und Mittelschulstufe, private Berufsschulen und private Institutionen auf Hochschulstufe sind bewilligungspflichtig und stehen unter der Aufsicht des Kantons.  <sup>2</sup> Der gleiche Grundsatz gilt auch für privaten Unterricht während der obligatorischen Schulzeit, der anstelle des Schulbesuches tritt.  <sup>3</sup> Der Kanton kann Privatschulen unterstützen.</p>
SO	<p><b>413.111</b>  <b>Volksschulgesetz vom 14.09.1969 (Stand 01.01.2014)</b>  <b>2. Schüler</b>  <b>§ 20 Befreiung von der Schulpflicht</b>  <sup>1</sup> Das Departement kann einen Schüler von der Schulpflicht befreien, wenn er einen der Volksschule gleichwertigen Unterricht in einer anderen öffentlichen oder staatlich anerkannten privaten Schule besucht, ein Angebot im Rahmen der vertikalen Durchlässigkeit im Berufsbildungswesen in Anspruch nimmt oder eine gleichwertige Bildung erfährt.  <sup>2</sup> Nach einer Befreiung von der Schulpflicht tragen die Eltern die Verantwortung für die genügende Grundbildung des Kindes.</p>
SZ	<p><b>611.210</b>  <b>Verordnung über die Volksschule vom 19. Oktober 2005</b>  <b>I. Allgemeine Bestimmungen</b>  <b>§ 4 Recht auf Schulbesuch und Schulpflicht</b>  <sup>1</sup> Alle Kinder mit Aufenthalt im Kanton haben das Recht und die Pflicht, die öffentliche Volksschule zu besuchen. Vorbehalten bleibt der Besuch von privaten Sonderschulen, anerkannten privaten Volksschulen und bewilligtem Privatunterricht.  <sup>2</sup> Die Schulpflicht beginnt mit dem einjährigen Kindergarten und dauert grundsätzlich zehn Jahre, längstens jedoch bis zum Abschluss der Sekundarstufe I.  <sup>3</sup> Der Schulrat kann Kinder und Jugendliche aus wichtigen Gründen vollständig oder teilweise von der Schulpflicht befreien.  <b>VII. Erziehungsberechtigte</b>  <b>§ 47 Verletzung der Pflichten</b>  Vom Schulrat verwarnet oder mit Ordnungsbusse von Fr. 200.-- bis Fr. 5 000.-- bestraft wird, wer vorsätzlich oder fahrlässig ein Kind:  a) ohne Bewilligung vom Unterricht fernhält;  b) nicht in die Schule oder Klasse schickt, in die es eingeteilt ist;  c) in eine nicht bewilligte Privatschule schickt (§ 69);  d) ohne Bewilligung privat unterrichten lässt (§ 69).  <b>XII. Private Volksschulen</b>  <b>§ 69 Bewilligung</b>  <sup>1</sup> Die Führung privater Volksschulen und der Besuch von Privatunterricht zur Erfüllung der Schulpflicht bedürfen einer Bewilligung.  <sup>2</sup> Der Erziehungsrat umschreibt die Bewilligungsvoraussetzungen.  <sup>3</sup> Die Bewilligungen für private Volksschulen erteilt der Erziehungsrat. Den Besuch von Privatunterricht bewilligt das zuständige Amt. Die Bewilligungen können mit Auflagen und Bedingungen versehen werden.  <b>§ 70 Aufsicht</b>  <sup>1</sup> Die privaten Volksschulen und der Privatunterricht stehen unter Aufsicht des zuständigen Amtes.  <sup>2</sup> Die Bewilligungsinstanz kann Lehrpersonen, die an Privatschulen unterrichten oder Privatunterricht erteilen, bei schweren Pflichtverletzungen das Unterrichten untersagen.  <b>§ 72 Weitere Leistungen</b>  Schülerinnen und Schüler, die eine private Volksschule besuchen oder privat unterrichtet werden, haben in gleichem Mass Anspruch auf Leistungen der kantonalen Spezialdienste wie die Schülerinnen und Schüler der öffentlichen Volksschule.</p>
SZ	<p><b>618.111</b>  <b>Weisungen zur Führung von privaten Volksschulen vom 1. Februar 2006</b>  <b>§ 1 Grundauftrag</b>  Der Zweckparagraf des Volksschulgesetzes gilt auch für private Volksschulen (Privatschulen) und den Privatunterricht (Home Schooling) zur Erfüllung der Schulpflicht.  <b>§ 2 Schularten</b>  Es werden insbesondere folgende Schularten unterschieden:  a) Privatschulen nach kantonalem Lehrplan mit Deutsch als Unterrichtssprache.  b) Bilinguale Privatschulen nach kantonalem Lehrplan. Der Unterricht findet hälftig in Deutsch und in einer Fremdsprache statt.  c) Internationale Schulen nach national oder international anerkanntem Lehrplan mit einer Weltsprache als Unterrichtssprache. Deutsch kann als Fremdsprache angeboten werden.  d) Privatunterricht (Home Schooling). Der Unterricht zur Erfüllung der Schulpflicht wird über längere Zeit privat organisiert und erteilt.  <b>§ 3 Bewilligungsverfahren</b>  <b>§ 3b c) Privatunterricht</b></p>

	<p>Für die Erteilung der Bewilligung zum Besuch von Privatunterricht ist dem Amt für Volksschulen und Sport mindestens ein halbes Jahr vor Beginn des Privatunterrichts ein begründetes schriftliches Gesuch mit einem Unterrichtsprogramm sowie Angaben zur unterrichtenden Person, zu den Schulungsräumen und zum Stundenplan einzureichen.</p> <p><b>§ 4 Titel: Bedingungen</b></p> <p><b>a) Schulische Bedingungen</b></p> <p><sup>1</sup> Die für die öffentlichen Schulen vorgeschriebenen Lehrpläne sind verbindlich. Der Übertritt der Schülerinnen und Schüler in die öffentliche Schule ist durch entsprechende Massnahmen sicherzustellen.</p> <p><sup>2</sup> Den Schülerinnen und Schülern ist jährlich mindestens ein Zeugnis (Wortbericht und/oder Ziffernoten) auszustellen, worin der Besuch der Pflichtfächer und minimale Angaben über Leistung und Verhalten aufzuführen sind. Die Erziehungsberechtigten können ein Abgangszeugnis mit Noten verlangen.</p> <p><sup>3</sup> Die Leistungsmessungen nach den kantonalen Weisungen sowie die Absolvierung des kantonalen Sporttests sind obligatorisch.</p> <p><sup>4</sup> Der kantonale Rahmenferienplan ist einzuhalten. Für die jährliche Unterrichtszeit sind 326 - 334 Schulhalbtage auszuweisen.</p> <p><b>§ 4a</b></p> <p><b>b) Personelle Bedingungen</b></p> <p><sup>1</sup> Die Trägerschaft setzt zur pädagogischen, personellen und administrativen Führung eine Schulleitung ein und sorgt für die Entwicklung eines Qualitätskonzeptes. Die für die pädagogische Führung verantwortliche Schulleitungsperson verfügt über eine anerkannte pädagogische Ausbildung.</p> <p><sup>2</sup> Die Lehrpersonen müssen über ein vom Erziehungsrat anerkanntes Lehrdiplom der entsprechenden Volksschulstufe verfügen. Ausnahmsweise können auch Lehrpersonen mit vergleichbaren Lehrdiplomen zugelassen werden.</p> <p><sup>3</sup> Die Trägerschaft regelt den Versicherungsschutz für die Schule und das Lehrpersonal.</p> <p><b>§ 4b</b></p> <p><b>c) Räumliche Bedingungen</b></p> <p><sup>1</sup> Die Räumlichkeiten müssen eine angemessene Grösse aufweisen und über eine adäquate Infrastruktur verfügen. Die Bestimmungen über den Bau und die Ausstattung von Schulanlagen sind wegweisend.</p> <p><sup>2</sup> Fachräume müssen zur Verfügung stehen. Fehlende Fachräume hat die Trägerschaft durch das Vorlegen gültiger Mietverträge mit Dritten dem Amt für Volksschulen und Sport nachzuweisen.</p> <p><sup>3</sup> Das Pausenareal hat eine Mindestgrösse von 400 – 500 m<sup>2</sup> bzw. 3 – 4 m<sup>2</sup> pro Kind aufzuweisen.</p> <p><b>§ 4c Meldepflicht</b></p> <p>Privatschulen melden Ein- und Austritte innert Monatsfrist der Schulbehörde der Wohnortsgemeinde der betreffenden Kinder.</p> <p><b>§ 4d Ausnahmen</b></p> <p><sup>1</sup> Internationale Schulen sind von der Erfüllung des kantonalen Lehrplans und den Leistungsmessungen dispensiert. Bei diesen Schulen ist der Übertritt in eine öffentliche Schule im Kanton in der Regel nicht gewährleistet. Die Unterrichtszeit orientiert sich an den nationalen oder internationalen Vorgaben.</p> <p><sup>2</sup> Privatunterricht ist von der Erfüllung der Bedingungen teilweise ausgenommen. Verbindlich sind die Einhaltung der Lehrpläne und die Gewährleistung des Übertritts in die öffentliche Schule sowie das Ausstellen von Zeugnissen und die Vorgaben betreffend Ausbildung der unterrichtenden Lehrperson.</p> <p><b>§ 5 Aufsicht</b></p> <p><sup>1</sup> Privatschulen unterstehen dem kantonalen Schulcontrolling. Zu diesem Zweck werden sie von der Schulaufsicht beaufsichtigt und von der Schulevaluation evaluiert.</p> <p><sup>2</sup> Der Privatunterricht wird von der Schulaufsicht in geeigneter Form beaufsichtigt.</p> <p><sup>3</sup> Auf Ende jedes Schuljahres haben die Privatschulen dem Amt für Volksschulen und Sport einen Jahresbericht analog demjenigen der öffentlichen Schule zuzustellen.</p> <p><sup>4</sup> Änderungen im pädagogischen Konzept, bei der Trägerschaft, in der Schulleitung, beim Lehrkörper sowie im Infrastrukturbereich sind dem Amt für Volksschulen und Sport unverzüglich zu melden.</p> <p><sup>5</sup> Die Bewilligungsbehörde kann bei Nichteinhaltung der Rahmenbedingungen die Bewilligung für das Führen einer Privatschule bzw. für den Besuch von Privatunterricht entziehen.</p> <p><b>§ 6 Weitere Leistungen</b></p> <p><sup>1</sup> Im Kanton Schwyz schulpflichtige Schülerinnen und Schüler, die privat unterrichtet werden oder die eine private Volksschule besuchen, haben Anspruch auf die Leistungen folgender kantonalen Spezialdienste: Schulgesundheitsdienst, Abteilung Logopädie und Abteilung Schulpsychologie. Die Leistungen erfolgen ausschliesslich in deutscher Sprache.</p> <p><sup>2</sup> Lehrpersonen, die Privatunterricht erteilen oder die an einer Privatschule unterrichten, sind berechtigt, an der Weiterbildung für Lehrpersonen der öffentlichen Schulen teilzunehmen.</p> <p><sup>3</sup> Die Privatschulen werden mit den Informationen des Amtes für Volksschulen und Sport bedient.</p>
TG	<p><b>411.11</b></p> <p><b>Gesetz über die Volksschule vom 29.08.2007 (Stand 01.01.2014)</b></p> <p><b>2. Schulorganisation</b></p> <p><b>§ 26 Private Schulung</b></p> <p><sup>1</sup> Besucht ein volksschulpflichtiges Kind keinen öffentlichen Kindergarten oder keine öffentliche Schule, ist ein gleichwertiger Unterricht nachzuweisen.</p> <p><sup>2</sup> Der Regierungsrat kann die Gleichwertigkeit regeln.</p> <p><sup>3</sup> Die Kosten für das Schliessen allfälliger Lücken bei Übertritten in die öffentliche Schule können den Erziehungsberechtigten auferlegt werden.</p>



TG	<p><b>411.111</b>  <b>Verordnung des Regierungsrates über die Volksschule vom 11.12.2007 (Stand 01.01.2014)</b>  <b>7. Private Schulung</b>  <b>§ 44 Private Schulung</b>  <sup>1</sup> Private Schulung umfasst den Unterricht an Privatschulen und den nicht öffentlichen Unterricht, insbesondere den Unterricht in einem Privathaushalt oder durch eine Privatlehrperson.  <sup>2</sup> Die Gleichwertigkeit der privaten Schulung gilt mit dem Nachweis des Besuchs einer staatlich bewilligten oder anerkannten Privatschule oder mit der Bewilligung des nicht öffentlichen Unterrichts als erbracht.  <sup>3</sup> Sind bei einem Übertritt in die öffentliche Schule schulische Lücken zu schliessen, die nicht entstanden wären, wenn das Kind eine öffentliche Schule besucht hätte, können die daraus erwachsenden Kosten den Erziehungsberechtigten überbunden werden, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, ihr Kind an Stelle einer privaten Schulung in der öffentlichen Schule unterrichten zu lassen.  <b>§ 46 Nicht öffentlicher Unterricht</b>  <sup>1</sup> Der nicht öffentliche Unterricht wird bewilligt, wenn die Bildungsziele des Kantons erfüllt werden.  <sup>2</sup> Das Departement erlässt eine ergänzende Richtlinie.</p>
TI	<p><b>5.1.1.1</b>  <b>Legge della scuola del 1° febbraio 1990</b>  <b>TITOLO VIII</b>  <b>Insegnamento privato</b>  <b>Libertà dell'insegnamento privato</b>  <b>Art. 80</b>  <sup>1</sup> L'insegnamento privato è libero nei limiti della Costituzione federale.  <sup>2</sup> Agli allievi in età d'obbligo scolastico l'insegnamento dev'essere impartito in lingua italiana; deroghe possono essere concesse eccezionalmente dal Consiglio di Stato per sopperire ai bisogni di famiglie residenti temporaneamente nel Cantone: la lingua italiana deve essere comunque insegnata.  <b>Insegnamento nelle famiglie</b>  <b>Art. 90</b>  Per ragioni particolari d'ordine psichico o fisico il Dipartimento può eccezionalmente autorizzare che l'insegnamento obbligatorio sia impartito presso le famiglie, accertando e vigilando che esso corrisponda alle esigenze della Costituzione federale, della presente Legge, delle disposizioni esecutive e dei programmi.  <b>Penalità</b>  <b>Art. 91</b>  Chi contravviene alle disposizioni del presente titolo, in particolare senza autorizzazione fa impartire od impartisce l'insegnamento privato, è punito dal Consiglio di Stato con una multa da fr. 1'000.-- a fr. 10'000.--, secondo la legge del 20 aprile 2010 di procedura per le contravvenzioni. Resta riservata l'azione penale.</p>
TI	<p><b>5.1.1.1.1</b>  <b>Regolamento della legge della scuola del 19 maggio 1992</b>  <b>TITOLO III</b>  <b>Insegnamento privato</b>  <b>Insegnamento presso le famiglie</b>  <b>Art. 81a</b>  La concessione dell'autorizzazione di cui all'art. 90 della Legge della scuola spetta alla Divisione della scuola; è data facoltà di reclamo alla stessa Divisione.</p>
UR	<p><b>10.1111</b>  <b>Gesetz über Schule und Bildung (Schulgesetz) vom 2. März 1997; Stand am 1. Januar 2008</b>  <b>10. Kapitel: Eltern, Schülerinnen und Schüler</b>  <b>1. Abschnitt: Eltern</b>  <b>Artikel 48 Verletzung der Schulpflichten</b>  <sup>1</sup> Wer vorsätzlich oder fahrlässig ein Kind:  a) ohne Bewilligung vom Unterricht fernhält, oder  b) dieses nicht in die Schule oder Klasse schickt, in die es eingeteilt ist, oder  c) in eine nicht bewilligte Privatschule schickt, oder  d) ohne Bewilligung privat unterrichten lässt,  wird vom Schulrat mit Busse von 100 bis 5 000 Franken bestraft.  <sup>2</sup> In leichten Fällen kann von einer Strafe abgesehen und eine Verwarnung ausgesprochen werden.  <b>12. Kapitel: Schulinstanzen</b>  <b>1. Abschnitt: Gemeindeinstanzen</b>  <b>Artikel 59 b) Zuständigkeiten</b>  <sup>1</sup> Soweit die Gemeindegliederung diese Aufgabe nicht einem andern Organ überträgt, hat der Schulrat namentlich:  a) die Verantwortung für die Leitung des Schulwesens in der Gemeinde wahrzunehmen;  b) die Aufträge der Gemeindeversammlung und der kantonalen Behörden im Schulwesen zu vollziehen;  c) die Lehrpersonen und die allfällige Schulleitung zu wählen;  d) die Geschäfte der Gemeindeversammlung über das Schulwesen vorzubereiten und zu vertreten;  e) die Amtsführung der Lehrpersonen, der Schulleitung und des Personals der Schulverwaltung zu beaufsichtigen;  f) die Erfüllung der Schulpflicht zu beaufsichtigen;  g) die Bewilligung für den Besuch von Privatunterricht an Schulpflichtige zu erteilen;  h) für die Durchführung und Koordination der Schuldienste zu sorgen und die gemeindlichen Schuldienste zu beaufsichtigen;  i) die dem Schulwesen dienenden Bauten, Anlagen und Einrichtungen zu verwalten.</p>



	<p><sup>2</sup> Der Schulrat ist für alle Entscheide zuständig, die im Schul- und Erziehungswesen den Gemeinden übertragen sind, sofern für die Erfüllung dieser Aufgabe nicht ausdrücklich eine andere Instanz als zuständig erklärt wird..</p>
VD	<p><b>400.455</b>  <b>Loi sur l'enseignement privé (LEPr) du 12 juin 1984</b>  <b>Art. 1 Champ d'application</b>  <sup>1</sup> La présente loi s'applique à toutes les écoles et institutions privées recevant des élèves en âge de scolarité obligatoire (ci-après: les écoles), quelles que soient la nature de l'enseignement et la façon dont il est dispensé.  <sup>2</sup> Elle règle également l'enseignement à domicile dispensé à ces mêmes élèves.  <sup>3</sup> Ne relèvent pas de la présente loi les écoles régies par la législation sur l'enseignement spécialisé.  <b>Art. 5 Autorisation d'enseigner</b>  <sup>1</sup> Nul ne peut enseigner dans un établissement privé s'il n'y est autorisé par le département.  <sup>2</sup> Cette autorisation est délivrée aux conditions prévues par l'article 4, alinéa 2, lettres a, b et c ci-dessus.  <sup>3</sup> Suivant les titres détenus par le requérant, l'autorisation peut être limitée à certaines disciplines ou à certains degrés d'enseignement.  <b>Art. 6 Validité de l'autorisation</b>  <sup>1</sup> L'autorisation de diriger ou d'enseigner est personnelle.  <sup>2</sup> L'autorisation de diriger n'est valable que pour l'établissement qui y est mentionné.  <b>Art. 7 Surveillance</b>  <sup>1</sup> Le département exerce une surveillance générale sur les écoles privées recevant des élèves en âge de scolarité obligatoire.  <sup>1bis</sup> Il surveille les activités organisées par ces écoles pour des enfants n'ayant pas atteint l'âge de la scolarité obligatoire.  <sup>1ter</sup> Il a le droit d'obtenir tout renseignement utile concernant notamment l'organisation et les programmes de l'établissement.  <sup>2</sup> Il peut s'assurer, au besoin par des examens, que l'instruction est au moins équivalente à celle dispensée par les écoles publiques.  <sup>3</sup> Toutefois, il ne se porte garant ni des méthodes ni de la qualité d'enseignement.  <b>Art. 8 Publicité et retrait de l'autorisation</b>  <sup>1</sup> L'autorisation de diriger ou d'enseigner ne doit en aucun cas être mentionnée dans la publicité ni associée de quelque manière que ce soit au nom de l'école.  <sup>2</sup> Elle est retirée lorsque les dispositions légales et le règlement ne sont plus respectés, sans préjudice des sanctions pénales ou administratives prévues par la présente loi.  <b>Art. 9 Enseignement à domicile</b>  <sup>1</sup> Toute personne se chargeant d'enseigner à domicile communique au début de chaque année scolaire à la municipalité la liste de ses élèves.  <sup>2</sup> Cette liste est adressée au département qui contrôle, au besoin par des examens, que les exigences des programmes officiels sont satisfaites.  <sup>3</sup> Dès qu'un enseignement à domicile concerne plus de six élèves, les dispositions de la présente loi relatives aux écoles privées s'appliquent.  <b>Art. 10 Commission consultative de l'enseignement privé</b>  <sup>1</sup> Une commission consultative de l'enseignement privé est chargée de préavis sur les demandes d'autorisation de diriger et d'enseigner, ainsi que sur tous les objets qui lui sont soumis par le département.  <sup>2</sup> Cette commission est régie par les dispositions de la loi sur l'organisation du Conseil d'Etat.</p>
VS	<p><b>101.1</b>  <b>Constitution du canton du Valais du 8 mars 1907</b>  <b>Titre 1: Principes généraux</b>  <b>Art. 13</b>  <sup>1</sup> L'instruction publique et l'instruction primaire privée sont placées sous la direction et la haute surveillance de l'Etat.  <sup>2</sup> L'instruction primaire est obligatoire; elle est gratuite dans les écoles publiques.  <sup>3</sup> La liberté d'enseignement est garantie, sous réserve des dispositions légales concernant l'école primaire.</p>
VS	<p><b>101.1</b>  <b>Verfassung des Kantons Wallis vom 8. März 1907</b>  <b>1. Titel: Allgemeine Grundsätze</b>  <b>Art. 13</b>  <sup>1</sup> Der öffentliche Unterricht sowie der private Primarunterricht stehen unter der Leitung und der Oberaufsicht des Staates.  <sup>2</sup> Der Primarunterricht ist obligatorisch und in den öffentlichen Schulen unentgeltlich.  <sup>3</sup> Die Lehrfreiheit ist, unter Vorbehalt der Gesetzesbestimmungen betreffend die Primarschule, gewährleistet.</p>
VS	<p><b>400.1</b>  <b>Loi sur l'instruction publique du 4 juillet 1962</b>  <b>Partie 1: Organisation de l'enseignement</b>  <b>Chapitre 1: Dispositions générales</b>  <b>Article premier But de la présente loi</b>  La présente loi organise l'instruction publique et établit les règles applicables au fonctionnement de l'enseignement privé. Dans la présente loi, toute désignation de personne, de statut ou de fonction vise indifféremment l'homme ou la femme.  <b>Art. 2 Organes de direction et de surveillance</b>  La direction supérieure de l'instruction publique et la surveillance générale de l'enseignement privé relèvent du Conseil d'Etat qui les exerce par l'intermédiaire du Département de l'instruction publique (en abrégé: Département).  <b>Chapitre 5: Enseignements divers</b>  <b>Art. 32 Enseignement à domicile</b></p>

	Le Département peut autoriser un enfant à recevoir l'enseignement primaire à domicile. Le règlement précise les conditions.
VS	<p><b>400.1</b>  <b>Gesetz über das öffentliche Unterrichtswesen vom 4. Juli 1962</b>  <b>1. Teil: Aufbau des Unterrichtswesens</b>  <b>1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen</b>  <b>Art. 1 Zweck des vorliegenden Gesetzes</b>  Das vorliegende Gesetz regelt den Aufbau des öffentlichen Unterrichtswesens und enthält die für den geordneten Gang des Privatunterrichtes notwendigen Vorschriften. In diesem Gesetz gilt jede Bezeichnung der Person, des Statuts oder der Funktion in gleicher Weise für Mann oder Frau.  <b>Art 2 Mit der Leitung und Aufsicht betraute Organ</b>  Die Oberleitung des öffentlichen Unterrichtswesen und die allgemeine Aufsicht über den Privatunterricht obliegen dem Staatsrat. Er übt seine Befugnisse durch das Erziehungsdepartement (abgekürzt: Departement) aus.  <b>5. Abschnitt: Verschiedener Unterricht</b>  <b>Art. 32 Unterricht in der Familie</b>  Das Departement kann einem Schüler gestatten, dem Primarunterricht zu Hause zu folgen. Das Reglement setzt die Bedingungen fest.</p>
ZG	<p><b>412.11</b>  <b>Schulgesetz vom 27. September 1990 (Stand 1. Oktober 2013)</b>  <b>1. Allgemeine Bestimmungen</b>  <b>§ 5 Schulberechtigung und Schulpflicht</b>  <sup>1</sup> Jedes bildungsfähige Kind ist berechtigt, einen Jahreskurs des Kindergartens, sechs Jahreskurse der Primarstufe und drei Jahreskurse der Sekundarstufe I zu besuchen.  <sup>2</sup> Die Schulpflicht umfasst ein Jahr Kindergarten und neun Jahre der Primar- und der Sekundarstufe I.  <sup>3</sup> Sie kann in einer öffentlich-rechtlichen, einer anerkannten privaten Schule oder durch Privatschulung erfüllt werden. Für die Privatschulung gilt zusätzlich § 74 Abs. 2 dieses Gesetzes.  <sup>3a</sup> Die Erziehungsberechtigten haben den Rektor zu informieren, wenn sie ihr Kind nicht an einer öffentlich-rechtlichen Schule unterrichten lassen.  <sup>4</sup> In besonderen Fällen kann ein Schüler auf Gesuch der Erziehungsberechtigten oder einer zuständigen Behörde vorzeitig aus der Schulpflicht entlassen.  <b>2. Die öffentlich-rechtlichen Schulen</b>  <b>2.6. Schulbehörden und Organe</b>  <b>2.6.2. Kantonale Schulbehörden und Organe</b>  <b>§ 65 Bildungsrat</b>  <sup>1</sup> Der Bildungsrat wird vom Regierungsrat auf Amtsdauer gewählt. Er setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen. Der Vorsteher oder die Vorsteherin der Direktion für Bildung und Kultur ist von Amtes wegen Präsident oder Präsidentin.  <sup>2</sup> Der Bildungsrat ist zuständig für strategische Entscheide im Bereich der obligatorischen Schulzeit. Soweit andere Behörden zuständig sind, stellt er Antrag.  <sup>3</sup> Im Weiteren obliegen ihm insbesondere folgende Aufgaben: Er  a) beschliesst die Schwerpunkte der Bildungsziele;  b) bewilligt kantonale Schulentwicklungsprojekte;  c) beschliesst Rahmenbedingungen zum Qualitätsentwicklungskonzept der gemeindlichen Schulen und überprüft die Einhaltung;  d) legt die Schwerpunkte für die externe Evaluation fest;  e) ...  f) legt den entsprechenden Weiterbildungsbedarf für die Lehrpersonen fest und ordnet notwendige Nachqualifikationen der amtierenden Lehrpersonen für bestimmte Lehrtätigkeiten an;  g) legt die Anzahl Wochenlektionen für den Religionsunterricht fest;  h) legt für die öffentlich-rechtlichen Schulen die Schulferien fest;  i) erteilt Ausnahmegewilligungen für Konferenzen der Lehrpersonen während der Unterrichtszeit;  j) erteilt Bewilligungen an Privatschulen zur Abgabe von zugerischen Zeugnissen.  <sup>3a</sup> Er erlässt besondere Bestimmungen  a) zur Schülerbeurteilung und Promotion;  b) zu den Blockzeiten;  c) zur Zuweisung in die einzelnen Schularten und zum Wechsel zwischen den Schularten und den Niveauekursen auf der Sekundarstufe I;  d) zur besonderen Förderung;  e) zu den Hausaufgaben;  f) zur Anerkennung von Privatschulen und zur Bewilligung von Privatschulungen;  g) zu den Konferenzen, denen die Lehrpersonen obligatorisch angehören.  <sup>4</sup> Beschlüsse, die erhebliche wiederkehrende finanzielle Auswirkungen haben, bedürfen der Zustimmung des Regierungsrates.  <b>§ 66 Direktion für Bildung und Kultur</b>  <sup>1</sup> Die Direktion für Bildung und Kultur erfüllt alle Aufgaben im Bereich Bildung, soweit nicht andere kantonalen Stellen dafür zuständig sind.  <sup>2</sup> Sie stellt dem Regierungsrat und Bildungsrat die entsprechenden Anträge.  <sup>3</sup> Im Weiteren obliegen ihr insbesondere folgende Aufgaben: Sie  a) fördert zusammen mit anderen kantonalen Stellen die Planung und Koordination im Schulwesen;  b) plant und koordiniert mit den gemeindlichen Schulen die Qualitätsentwicklung im Schulwesen und bearbeitet die</p>

	<p>damit zusammenhängenden Fragen;</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>c) bewilligt Schulversuche;</li> <li>d) führt die kantonalen Schulentwicklungsprojekte;</li> <li>e) ist zuständig für die fachliche Aussensicht der Schulen (externe Evaluation) und erstattet dem Bildungsrat Bericht;</li> <li>f) unterstützt und berät die gemeindlichen Schulbehörden und Schulen;</li> <li>g) beschliesst für die obligatorische Schulzeit die Lehrmittel und die dazugehörigen Unterrichtshilfen;</li> <li>h) prüft die Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen;</li> <li>i) entscheidet über befristete oder unbefristete Lehrbewilligungen und den Entzug der Lehrberechtigung;</li> <li>j) bewilligt die Überschreitung der Höchstzahl der Klassengrösse;</li> <li>k) bewilligt die Führung der Sekundarstufe I ohne Aufteilung in Schularten;</li> <li>l) entscheidet über die Mitfinanzierung bei einer Sonderschulung und bei einer Talentförderung;</li> <li>m) entscheidet über die Dauer und Finanzierung bei einer heilpädagogischen Früherziehung;</li> <li>n) entscheidet über die Anerkennung der Sonderschulen und Privatschulen sowie über Massnahmen und den Entzug der Anerkennung;</li> <li>o) entscheidet über die Bewilligung von Privatschulung sowie über Massnahmen und den Entzug der Bewilligung;</li> <li>p) setzt eine Kommission ein, die sich mit der Allgemeinen Weiterbildung befasst;</li> <li>q) unterstützt Weiterbildungsangebote gemeinnütziger Organisationen;</li> <li>r) erlässt besondere Bestimmungen zu den Diplomprüfungen von anerkannten Privatschulen mit Unterricht ausserhalb der obligatorischen Schulzeit.</li> </ul> <p><sup>4</sup> Sie kann zur Begutachtung von Spezialfragen Kommissionen einsetzen.</p> <p><b>4. Privatschulen und Privatschulung</b></p> <p><b>§ 74 Zulassung</b></p> <p><sup>1</sup> Die Errichtung von Privatschulen ist gewährleistet. Die Privatschulen bedürfen der Anerkennung, wenn sie den Unterricht im Bereich der obligatorischen Schulzeit übernehmen wollen.</p> <p><sup>2</sup> Privatschulung ist zulässig, wenn besondere Gründe vorliegen. Sie bedarf der Bewilligung. Es gelten dafür besondere Bestimmungen.</p> <p><sup>3</sup> Für die Anerkennung privaten Sonderschulen gilt zusätzlich § 35 dieses Gesetzes.</p> <p><b>§ 75 Kindergarten, Primarstufe und Sekundarstufe I</b></p> <p><sup>1</sup> Privatschulen und Privatschulung im Bereich des obligatorischen Kindergartens, der Primar- und der Sekundarstufe I werden anerkannt bzw. bewilligt, wenn sie einen Unterricht gewährleisten, der den Anforderungen der öffentlich-rechtlichen Schulen gerecht wird. Für die Bewilligung der Privatschulung müssen besondere Gründe vorliegen. Es gelten besondere Bestimmungen.</p> <p><sup>2</sup> Die Privatschulen prüfen und beurteilen periodisch in eigener Verantwortung auf der Basis von Standards ihre Qualität und legen Rechenschaft über ihre Zielerreichung ab (interne Evaluation).</p> <p><sup>3</sup> Die Qualität der Privatschule wird periodisch durch eine fachliche Aussensicht geprüft, und es werden Massnahmen zur Qualitätsentwicklung vorgeschlagen (externe Evaluation).</p> <p><sup>4</sup> Der Unterricht an Privatschulen und bei der Privatschulung darf nur von Lehrpersonenn erteilt werden, die im Besitze eines von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren oder eines von ihr anerkannten Diploms sind. Es können Ausnahmen bewilligt werden.</p> <p><sup>5</sup> Die Privatschulen haben zu Beginn des Schuljahres und bei einem Neueintritt dem Rektor der Gemeinde, in der ein Kind schulpflichtig ist, die Personalien der ihre Schule besuchenden Kinder mitzuteilen.</p> <p><sup>6</sup> Privatschulen und Privatschulung für ausländische Kinder können anerkannt bzw. bewilligt werden, wenn sie nach den Lehrplänen des Herkunftslandes unterrichten.</p> <p><b>§ 77 Massnahmen und Entzug</b></p> <p><sup>1</sup> Unter Androhung des Entzugs der Anerkennung werden Massnahmen angeordnet, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Missstände vorliegen;</li> <li>b) gesetzliche Vorschriften sowie Weisungen kantonalen und gemeindlicher Behörden nicht beachtet werden;</li> <li>c) das Lehrziel am Ende der obligatorischen Schulzeit nicht erreicht wird;</li> <li>d) der Unterricht aus andern Gründen gefährdet ist.</li> </ul> <p><sup>2</sup> Sofern die Missstände nicht behoben werden, wird die Anerkennung bzw. Bewilligung entzogen.</p>
ZG	<p><b>412.111</b></p> <p><b>Verordnung zum Schulgesetz vom 7. Juli 1992 (Stand 8. Februar 2014)</b></p> <p><b>1. Allgemeine Bestimmungen</b></p> <p><b>§ 3 Einschreibung / Anmeldung</b></p> <p><sup>1</sup> Die Eltern sind verpflichtet, ihre schulpflichtigen Kinder beim Rektorat zum Schulbesuch anzumelden oder den Besuch einer anerkannten Privatschule bzw. eine bewilligte Privatschulung mitzuteilen.</p> <p><sup>2</sup> Die gemeindliche Einwohnerkontrolle meldet dem Rektorat die Personalien jener Kinder, die im laufenden Jahr schulpflichtig werden, sowie der neuzugezogenen schulpflichtigen Kinder.</p> <p><sup>3</sup> Als Aufenthaltsort eines Kindes gilt derjenige Ort, an welchem das Kind unter der Woche regelmässig bzw. mehrheitlich übernachtet.</p> <p><sup>4</sup> Der Aufenthaltsort eines Kindes ist auch für den Besuch des freiwilligen Kindergartens massgebend, sofern die betreffende Gemeinde diesen anbietet.</p> <p><b>2. Die gemeindlichen Schulen</b></p> <p><b>§ 8<sup>bis</sup> Schulaufsicht</b></p> <p><sup>1</sup> Die Schulaufsicht prüft die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen sowie kantonalen Vorgaben an den gemeindlichen und privaten Schulen sowie bei Privatschulungen. Sie beantragt der Direktion für Bildung und Kultur aufgrund der Ergebnisse allenfalls notwendige Massnahmen. Sie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) prüft insbesondere die Gleichwertigkeit der Angebote der einzelnen Schulen;</li> <li>b) instruiert Gesuche für die Anerkennung von Privatschulen und die Bewilligung von Privatschulung;</li> </ul>

	<p>c) überprüft die Lehrberechtigung der Lehrpersonen;  d) ist kantonale Informationsstelle bei Schuleintritten ausserkantonaler oder ausländischer Kinder;  e) leitet das Übertrittsverfahren von der 6. Primarklasse in die 1. Klasse der Sekundarstufe I und den Wechsel von der 1. Klasse der Sekundarschule ins Gymnasium;  f) berät Schulleitungen in Belangen der Schulorganisation sowie der Schulgesetzgebung.</p> <p><sup>2</sup> Die Schulaufsicht ist berechtigt, die für ihren Tätigkeitsbereich notwendigen Unterlagen von den gemeindlichen Schulen und privaten Schulen sowie den Erziehungsberechtigten privat geschulter Kinder einzuverlangen.</p> <p><sup>3</sup> Sie ist ausserdem berechtigt, bei der bewilligten Privatschulung angemeldete Besuche durchzuführen und die jährliche Prüfung, ob die gemäss den Lehrplänen vorgeschriebenen Lernziele erreicht werden, anzuordnen.</p>
<p>ZH</p>	<p><b>412.100</b>  <b>Volksschulgesetz (VSG) vom 7. Februar 2005</b>  <b>1. Teil: Grundlagen</b>  <b>§ 1. Gegenstand, Geltungsbereich</b>  <sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt die Bildung und Erziehung in der Volksschule.  <sup>2</sup> Das Gesetz gilt für öffentliche Schulen und, soweit es dies ausdrücklich vorsieht, für die privaten Schulen, in denen die Schulpflicht erfüllt werden kann.</p> <p><b>3. Teil: Privatschulen und Privatunterricht</b>  <b>§ 69. Privatunterricht</b>  <sup>1</sup> Als Privatunterricht gelten der Einzelunterricht und der Unterricht in einer Gruppe bis zu fünf Schülerinnen und Schülern.  <sup>2</sup> Die Eltern melden der Gemeinde ihres Wohnortes und der Direktion die Umstände des Privatunterrichts, insbesondere die unterrichtende Person, den Stundenplan und die Räumlichkeiten.  <sup>3</sup> Dauert der Privatunterricht länger als ein Jahr, muss er von einer Person mit abgeschlossener Lehrerausbildung erteilt werden.</p> <p><b>§ 70. Aufsicht</b>  <sup>1</sup> Die Privatschulen und der Privatunterricht werden von der Direktion beaufsichtigt. Diese kann geeignete Anordnungen treffen, wenn begründete Zweifel bestehen, ob in Privatschulen oder im Privatunterricht die Lernziele erreicht werden oder die Bewilligungsvoraussetzungen für die Privatschulen noch gegeben sind.  <sup>2</sup> Dauert der Privatunterricht länger als ein Jahr, ist die Qualität des Unterrichts jährlich zu überprüfen.  <sup>3</sup> Die Direktion kann den Privatunterricht bei schwerwiegenden Mängeln untersagen.</p> <p><b>§ 71. Weitere Leistungen</b>  <sup>1</sup> Schülerinnen und Schüler, die eine Privatschule besuchen oder privat unterrichtet werden, können bei der Gemeinde an ihrem Wohnort die in der Volksschule abgegebenen obligatorischen Lehrmittel unentgeltlich beziehen, die Musikschulen besuchen und die Angebote des freiwilligen Schulsports benutzen.  <sup>2</sup> Sie haben an ihrem Wohnort Anspruch auf Therapien gemäss § 34 Abs. 3, einschliesslich der dafür notwendigen Abklärungen. Die Schulpflege entscheidet über Art und Umfang der Leistungen.  <sup>3</sup> Im Übrigen besteht kein Anspruch auf die ausserhalb des ordentlichen Unterrichts von der öffentlichen Volksschule zur Verfügung gestellten Leistungen.</p>
<p>ZH</p>	<p><b>412.101</b>  <b>Volksschulverordnung (VSV) vom 28. Juni 2006</b>  <b>1. Teil: Grundlagen</b>  <b>§ 2. Schulpflicht und Recht auf Schulbesuch (§ 3 VSG)</b>  <sup>1</sup> Die Schulpflicht kann durch den Besuch einer öffentlichen Schule, einer Privatschule oder durch Privatunterricht erfüllt werden.  <sup>2</sup> Die Schulpflicht und das Recht auf Schulbesuch gelten für alle Kinder, die sich im Kanton Zürich aufhalten. Sie gelten nicht für Kinder, die sich längstens zwei Monate im Kanton Zürich aufhalten.  <sup>3</sup> Die für die Einwohnerkontrolle zuständigen Behörden informieren die Schulpflegen über die Kinder, die schulpflichtig werden, und über Zu- und Wegzüge von schulpflichtigen Kindern.</p> <p><b>3. Teil: Privatschulen und Privatunterricht</b>  <b>Privatunterricht (§ 69 VSG)</b>  <b>§ 73. a. Im Allgemeinen</b>  <sup>1</sup> Die Eltern reichen dem Volksschulamt und der Schulpflege des Schulortes gemäss § 8 vor der Aufnahme des Unterrichts ein Unterrichtsprogramm ein. Dieses enthält insbesondere Angaben über die Schulungsräume, den Unterrichtsinhalt und dessen Verteilung auf den Stundenplan. Das Volksschulamt kann Auflagen machen oder Weisungen erteilen.  <sup>2</sup> Bei gleichzeitiger Unterrichtung von höchstens drei Schülerinnen oder Schülern müssen mindestens die Hälfte, bei vier und fünf Schülerinnen und Schülern mindestens zwei Drittel der im kantonalen Lehrplan vorgesehenen Lektionen erteilt werden.  <sup>3</sup> Eine Schülerin oder ein Schüler darf während der Schulpflicht insgesamt nicht mehr als ein Jahr von Personen ohne abgeschlossene Lehrerausbildung unterrichtet werden.</p> <p><b>§ 74. b. Aufsicht</b>  <sup>1</sup> Die Bildungsdirektion regelt die Aufsicht.  <sup>2</sup> Bestehen Anzeichen dafür, dass im Privatunterricht die Lernziele nicht erreicht werden oder andere Missstände vorliegen, kann das Volksschulamt Auflagen machen oder die Erteilung des Privatunterrichtes untersagen.</p>